

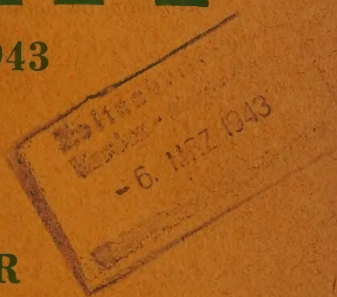
ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

XX. JAHRGANG 1943

2.

HEFT / FEBRUAR



Schmahl: Zaristische und sowjetische Fernostpolitik

**Heissig: Die Mongolei in der ersten Phase
des großasiatischen Krieges**

*** * * : Ölkampf im Vorderen Orient**

Rey: Preußens erste Gesandtschaft in den fernöstlichen Raum

Schrifttum

Postvertrieb ab Leipzig

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

VERBUNDEN MIT DER ZEITSCHRIFT „WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT“

Herausgeber: Karl Haushofer, München O 27, Kolberger Straße 18

Hauptschriftleitung: Wolfgang Schwarz, Berlin-W 15, Meinekestraße 18 • Ruf 919171

Heidelberger Schriftleitung: Kurt Vowinkel, Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36 • Ruf 3742

Buchzusendungen an den Verlag erbeten

XX. JAHRGANG / HEFT 2 / FEBRUAR 1943

Inhalt:

Aufsätze

<i>Wolfgang Schmahl: Zaristische und sowjetische Fernostpolitik. Von 1870 bis 1939</i>	45-62
<i>Walther Heissig: Die Mongolei in der ersten Phase des großasiatischen Krieges</i>	62-66
<i>* * *: Ölkampf im Vorderen Orient</i>	67-72
<i>Paul Freye: Preußens erste Gesandtschaft in den fernöstlichen Raum</i>	73-79

Schrifttum

<i>Karl Haushofer:</i>	
<i>Iran-Geopolitik</i>	80-81
<i>Rasse und Raum</i>	81
<i>E. Wunderlich:</i>	
<i>Neue geopolitische Karten und Atlanten</i>	81-84

Angaben über die Mitarbeiter am Schluß des Heftes

Preis: Vierteljahr RM 5.50 / Studenten u. Mitglieder d. AfG. RM 4.40 / Einzel RM 2.- / Jahrg. m. Inhaltsv. RM 22.-
Gebunden (2 Bände) RM 28.- / Register u. Inhaltsverzeichnis kostenlos / Einbanddecke f. d. Halbjahresband RM 2.-

Postscheckkonten: Kurt Vowinkel Verlag / LUDWIGSHAFEN 12461 / WIEN 55918

Abbestellungen können nur anerkannt werden, wenn sie bis spätestens einen Monat vor Ablauf eines Vierteljahres dem Buchhändler bzw. dem Verlag bekanntgegeben werden.

KURT VOWINKEL VERLAG / HEIDELBERG / WOLFSBRUNNENWEG 36

WOLFGANG SCHMAHL

Zaristische und sowjetische Fernostpolitik

Von 1870 bis 1939

Die Zeitspanne zwischen 1870 und dem Russisch-Japanischen Krieg (1904/05) ist weltpolitisch für das heutige Ostasien von entscheidender Bedeutung. In dieser Periode — vornehmlich in den letzten 10 Jahren — wurde der Grundstein gelegt für eine politische Entwicklung, die seither den Mächtekonstellationen im Fernen Osten ihr Gepräge gegeben hat und deren Ende auch heute noch nicht abzusehen ist. Ostasien wurde seitdem zu einem Brennpunkt weltpolitischer Geschehnisse.

Die Entwicklung, die damals ihren Anfang nahm, könnte man als eine Art politische Renaissance des Ostasientums bezeichnen: „Ostasien den Ostasiaten!“ Und die Macht, unter deren entschlossener Leitung sich die Reaktivierung der eigenständigen politischen Kräfte Ostasiens und die Befreiung von der politischen und wirtschaftlichen Bevormundung durch die Europäer anzubahnen begann, war Japan, dasselbe Japan, das sich über zweieinhalb Jahrhunderte lang von der Außenwelt abgeriegelt hatte, aber gerade dadurch, ungestört von allen äußeren Einflüssen und Störungen, die Kräfte sammeln konnte, die es zur Erfüllung seiner Mission dann brauchte, ganz im Gegensatz zu China, das — in ohnmächtige Teilchen zersplittert — den Ausländern wehrlos ausgeliefert war.

Japan war seit der Meiji-Restauration im Jahre 1868, die ihm die innerpolitische Erneuerung und die Überholung seines veralteten Staatsapparates gebracht hatte, für den beginnenden Kampf um die politische Selbständigkeit Ostasiens und um seine eigene Vormachtstellung sowohl weltanschaulich wie militärisch gerüstet. Es war bereit, zur Verfechtung seiner Ziele — gegen wen es auch sei — auf den Plan zu treten. Sein Gegner aber war nicht China — denn das hatte sich in jahrzehntelanger Passivität das Heft aus der Hand nehmen lassen und dadurch seine Ungeeignetheit für die politische Führerrolle dargetan —, auch nicht England, Amerika oder Frankreich, die in China festen Fuß gefaßt hatten und im egoistischen Interesse das Land ausbeuteten, — sein Widersacher hieß Rußland, das durch seine Gegnerschaft den Anstoß zu der nun einsetzenden Entwicklung gab.

Diese Gegnerschaft hatte verschiedene Ursachen. Einmal bekundete Rußland starke Interessen in Asien und Ostasien. Dazu kam, daß das Zarenreich bei der Verwirklichung seiner engeren politischen Absichten in Europa, vorzüglich auf dem Balkan, auf zu vielen Seiten auf Widerstand stieß, als daß ihm nicht die Öffnung eines Ventils für die gehemmte politische Energie an anderer Stelle willkommen sein mußte. Außerdem schien sich ihm bei der Ausnutzung seiner Möglichkeiten im Fernen Osten eine günstige Gelegenheit zu bieten, weltpolitisch seinem Erbfeind England, das im Krimkrieg und der Auseinandersetzung mit der Türkei auf der Seite seiner Gegner gestanden hatte, auf billige Weise den Rang abzulaufen und dessen asiatische Position — siehe Indien! — durch ein Vordringen in Ostasien von „oben her“ aufzurollen. Zum anderen erfolgte die Umstellung der russischen Außenpolitik aus einem wirtschaftlichen Grunde. Rußland war aus einem reinen Agrarstaat immer mehr ein Industriestaat geworden. Es brauchte Absatzmärkte für seine im Aufbau befindliche Industrie, für die besonders

Graf Witte — seit 1892 Finanzminister — seine ganze Energie einsetzte. Da aber der europäische Markt schon von den alten Industrieländern besetzt war, mußte sich die Aufmerksamkeit der werdenden Industriellen in Rußland notgedrungen auf Asien und besonders Ostasien richten, wohin die Verbindung am leichtesten herzustellen war. Dort witterte man ungeheure Möglichkeiten, ohne allzu große Anstrengungen nötig zu haben; denn Konkurrenz schien man vorerst nicht zu fürchten, wenn man sich nur politisch festsetzen konnte. Diesen Kreisen war das bisherige Hauptbetätigungsfeld der russischen Politik, der Balkan, uninteressant. Sie betrachteten Rußland in erster Linie als asiatische Macht und forderten den Bruch mit den alten politischen Maximen. Das wichtigste Ziel der russischen Politik müsse die Öffnung des asiatischen Marktes sein. Der Hauptvertreter dieser „Pan-asiaten“ war Fürst Uchtomsky, der den Zaren 1890/91 auf einer Reise nach dem Osten begleitete und später zum Präsidenten der Russisch-Chinesischen Bank avancierte.

Die Voraussetzung für eine Erweiterung des russischen Einflusses im Osten waren brauchbare Verkehrsverbindungen, vor allem eine Eisenbahn. Nachdem es viele Jahre hindurch beim bloßen Projekt geblieben war, wurde am 19. Mai 1891 tatsächlich der Bau der Sibirischen Bahn, die von größter militärischer und wirtschaftlicher Bedeutung sein mußte, in Angriff genommen und in wenigen Jahren bis Irkutsk und zur mandschurischen Grenze weitergeführt. Bis dahin war der Bahnbau eine rein innerrussische Angelegenheit gewesen, die niemanden etwas anging. Nun jedoch begann sie das Problem zu werden, das um die Jahrhundertwende die Kabinette — man möchte sagen — der ganzen Welt in Atem hielt.

Rußland sah seine Chance und nutzte sie rücksichtslos aus. Mit Gerissenheit und Gewissenlosigkeit suchte es seinen Einfluß zuerst in der zu China gehörenden Mandschurei, die die Frage der Weiterführung der Bahnlinie vor allem anging, und, als ihm dies gelungen war, bis auf Korea auszudehnen. Und damit wurde eines unvermeidlich: der Zusammenstoß mit Japan. China, auf dessen Boden sich die Dinge abspielten, war infolge seiner politischen Ohnmacht zum untätigen Zuseher verurteilt; Rußland gegenüber strich es ohne weiteres, Japan gegenüber erst nach Kampf die Fahne. Kämpfte dieses schon zäh und mit asiatischer Verbissenheit unter Einsatz aller diplomatischen Mittel und Intrigen mit dem übermächtigen Gegner, gegen den es keinen bewaffneten Konflikt wagen konnte, um jeden Fußbreit diplomatischen Bodens in der Mandschurei, so war es von vorneherein entschlossen, seine Position in Korea niemals aufzugeben, ohne das Äußerste und Letzte eingesetzt zu haben. Denn in Korea standen — bei dem raschen Anwachsen der japanischen Bevölkerung, deren Überschuß in Korea untergebracht und die von dort ernährt werden konnte — Japans vitalste Interessen auf dem Spiel. Als selbstbewußte und ehrgeizige aufstrebende Macht konnte es unmöglich ruhig mit ansehen, wie sich eine fremde Großmacht in seinem unmittelbaren Lebensraum einnistete, um sich Stützpunkte gegen es selbst zu schaffen.

Pulverfässer Ostasiens

Ebenso wie der Balkan das „Pulverfaß Europas“ genannt wird, könnte man die beiden praktisch selbständigen Pufferstaaten Mandschurei und Korea als die „Pulverfässer Ostasiens“ bezeichnen. Die Mandschurei wurde das erstmal offiziell in den Mittelpunkt des Interesses gerückt durch den Verlauf und Ausgang des um Korea

entbrannten Chinesisch-Japanischen Krieges 1894/95. China wurde von Japan überannt. Als sich das Erste und Zweite japanische Armeekorps im März 1895 vereinigten, befand sich die ganze Liautung-Halbinsel, also die Südmandschurei, in ihrer Hand. Im Friedensvertrag von Shimonoseki vom 17. April 1895 mußte China dann in die Abtretung der Halbinsel mit ihrem wichtigen südlichsten Hafen Port Arthur einwilligen (die anderen Bedingungen waren: Anerkennung der Unabhängigkeit Koreas durch China, Abtretung Formosas und der Pescadores an Japan, Zahlung einer Entschädigung von 200 Mill. Taels und Abschluß eines Freundschafts- und Handelsvertrags mit Japan).

Da fand es Rußland an der Zeit, einzugreifen. Noch ehe die Ratifikationsurkunden ausgetauscht waren, erhob es am 22. April — Deutschland und Frankreich schlossen sich an — „freundschaftliche Ermahnungen“ in Tokio, die allerdings mehr den Charakter eines Ultimatums hatten, das durch eine Flottendemonstration der drei Mächte in den chinesischen Gewässern nachdrücklich unterstützt wurde. Japan wollte nach heftigem Sträuben auf die Abtretung der Liautung-Halbinsel verzichten, mußte jedoch angesichts des starken Druckes zähneknirschend auch seine Ansprüche auf Port Arthur aufgeben. Japan hat dem Deutschen Reich seine an sich geringe Beteiligung lange nicht verziehen. Die deutsche Intervention erwies sich auch deshalb als ein Fehlgriff, als Rußland sofort die deutschen Pläne, sich an der von China aufzunehmenden Anleihe zur Kriegsschuldendeckung zu beteiligen, durchkreuzte und die Anleihe allein in Paris auflegen ließ. Am 8. November 1895 unterzeichneten China und Japan schließlich eine Konvention, die die Rückgabe des mandschurischen Territoriums an China bestätigte und in der sich die Chinesen zu einer zusätzlichen Entschädigungszahlung von 30 Mill. Taels (= 5 Mill. Pfund) innerhalb 8 Tagen unter der Bedingung bereit erklärten, daß die Halbinsel von den japanischen Truppen geräumt würde. China zahlte, und Ende des Jahres war die Räumung durchgeführt.

Der errungene Erfolg stachelte die russische Diplomatie gewaltig an, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen und Rußland den beherrschenden Einfluß in der Mandschurei zu sichern. Als willkommenes Mittel zum Zweck erschien die Weiterführung der Sibirischen Eisenbahn, die den Amur erreicht hatte und deren ursprünglich mehr handelspolitische und kolonisatorische Bedeutung hinter ihrer strategischen Wichtigkeit zurückzutreten begann. Es handelte sich um die Verbindung der fertigen Strecke mit Rußlands wichtigstem östlichen Hafen Wladiwostok. Es gab dafür zwei Möglichkeiten: Entweder man verlegte die Bahn entlang dem linken Ufer des Amur durch russisches Gebiet oder man führte sie in einiger Entfernung vom rechten Amurufer quer durch die Mandschurei. Die zweite Linie war kürzer und technisch leichter zu bauen als die erste, ging jedoch über 1500 km über chinesisches, d. h. mandschurisches Gebiet. Deshalb war ihr Bau, selbst wenn sich die chinesische Regierung einverstanden erklären sollte, seiner politischen Konsequenzen wegen gründlich zu überprüfen. Rußland tat den folgenschweren Schritt und bewarb sich über die Russisch-Chinesische Bank bei der chinesischen Regierung um die Bahnkonzession. Die Verhandlungen hatten Erfolg: Im September 1896 wurde zwischen der chinesischen Regierung und der Russisch-Chinesischen Bank die nach dem russischen Gesandten in Peking benannte Cassini-Konvention abgeschlossen. Die „Chinese Eastern Railway Co.“ begann mit Beteiligung von russischen und chinesischen Aktionären am 28. August 1897 mit dem Bau der Bahn.

Dieser Vertrag bedeutete weit mehr als eine bloße Eisenbahnkonvention: Er stellte, schon auf Grund der Rußland mit der Konzession in einem Gebietsstreifen zu beiden Seiten der Bahn eingeräumten wichtigen Privilegien, praktisch fast ein Protektorat über die Mandschurei dar, was vom Fürsten Uchtomsky, dem Präsidenten der Russisch-Chinesischen Bank, auch eingestanden wurde. Außerdem enthielt er noch zwei wichtige Bestimmungen. Erstens sollte Rußland im Falle von Kriegsgefahr die Bucht von Kiautschou in Pacht nehmen können, zweitens sollte es Port Arthur, das von China mit russischer Hilfe ausgebaut werden sollte, im Falle von Feindseligkeiten — gedacht war natürlich an Japan — benutzen können.

In Kiautschou kam dem zwar Deutschland zuvor, das November 1897 die Bucht wegen Ermordung zweier Missionare besetzte. Aber die Pacht von Port Arthur und dem anstoßenden Ankerplatz Dalienwan (später Dairen) auf 25 Jahre sowie eine Eisenbahnkonzession, die diese Häfen mit der Transmandschurischen Bahn verbinden sollte, konnte Rußland sich durch den Abschluß der Konvention von Peking am 15. März 1898 sichern. Vorwand war „die Unterstützung Chinas beim Schutz der Mandschurei gegen Angriffe anderer Mächte“. Doch hielt Rußland mit seinen wahren Absichten nicht lange hinter dem Berg.

Der Vertrag war ein voller Triumph für die russische Diplomatie, die es verstanden hatte, die Rückgabe der im Vertrag von Shimonoseki an Japan abgetretenen Liautung-Halbinsel an China zu erwirken, nur damit sie drei Jahre später Rußland zum Geschenk erhielt! Allerdings konnte es über dessen imperialistische Ziele in Ostasien keine Zweifel mehr geben. In Japan kannte die Empörung über Rußland keine Grenzen. Die Beziehungen zwischen beiden Staaten hatten einen Riß erhalten, der sich nicht wieder schließen, sondern bis zum völligen Bruche verbreitern sollte. Vorerst jedoch blieb Japan nichts weiter übrig, als sich dem noch allzu starken Nachbarn gegenüber zu bescheiden und gute Miene zum bösen Spiele zu machen. Es wandte sich Korea zu, um seine Stellung da zu festigen, stieß jedoch auch dort auf den Widerstand Rußlands, das mit fieberhafter Energie daran ging, seine Stellung in der Mandschurei zu festigen. Es baute Port Arthur zu einer gewaltigen Seefestung und das in Dalny umbenannte Dalienwan zu einem bedeutenden Handelshafen aus und trieb zu gleicher Zeit den Bau der Zentralmandschurischen Eisenbahn weiter. Auch sonst hielt es nach jeder Gelegenheit Ausschau, seinen Einfluß in der Mandschurei zu vergrößern, wozu sich sehr bald eine günstige Möglichkeit bot.

Bereits 1894 nämlich hatte die von der Kaiserlichen Nordchinesischen Eisenbahngesellschaft von Peking aus in Angriff genommene Bahnlinie die Große Mauer erreicht und sollte in nördlicher Richtung, etwa bis Mukden oder gar Kirin, weitergeführt werden, was aus Geldmangel aber nicht möglich war. Um dem abzu- helfen, ging der chinesische Generalverwalter der Eisenbahnen mit der Schanghai-Hongkong-Banking-Co. eine vorläufige Abmachung ein, laut der es ein von dieser Bank zu bildendes Syndikat übernehmen sollte, eine Bahn von Chung-hua-so nach Tsin-min-ting in der Nähe von Mukden zu bauen. Als Sicherheit für die hineinzusteckenden Gelder sollte die Linie selbst dienen.

Rußlands Vorstoß in der Mandschurei

Rußland, das eifersüchtig darüber wachte, daß keine fremde Macht sich in der Mandschurei breitmachte, war diese englische Einflußnahme denkbar uner-

wünscht. Der russische Gesandte in Peking erreichte, daß 1898 die chinesische Regierung die Garantie für die Verpflichtungen der Nordchinesischen Eisenbahn übernahm und ohne ihre vorherige Anrufung eine Pfandüberschreibung an die englische Bank nicht stattfinden durfte. Damit war das Problem der Eisenbahnkonzessionen innerhalb Chinas zwischen Großbritannien und Rußland aufgerollt. Das Ergebnis einer Fühlungnahme beider Mächte war eine Deklaration und eine Zusatznote vom 28. April 1899, die besagte, daß sich Großbritannien verpflichtete, keinerlei Eisenbahnkonzessionen nördlich der Großen Mauer zu erwerben noch etwaige Bemühungen um derartige Konzessionen von russischer Seite aus zu verhindern, während Rußland ein analoges Versprechen für das als englische Interessensphäre geltende Yangtse-Tal abgab, ohne daß jedoch dessen Grenzen näher bestimmt wurden.

Um dieselbe Zeit — Anfang 1900 — wurde die Mandschurei im Zusammenhang mit dem in China ausgebrochenen Boxeraufstand, der sich gegen alle Fremden richtete, der Schauplatz militärischer Operationen. Russisches Eigentum in der Mandschurei wurde in Mitleidenschaft gezogen und 900 Werst (1 Werst = 1,068 m) von fast 1300 der Transmandschurischen Ostchinesischen Eisenbahn wurden vorübergehend zerstört. Als dann einige der chinesischen Forts am Amur einen russischen Dampfer auf dem Fluß beschossen, setzte Rußland 3 größere Truppeneinheiten aus der Transbaikalprovinz in Marsch. Am 1. Oktober wurde Mukden besetzt, und gegen Ende 1900 war die ganze Mandschurei in russischer Gewalt — zum Zwecke der „Befriedung“. Bei den Friedensverhandlungen erhoben die Russen so weitgehende Forderungen, daß sie bei den anderen Fremdmächten einen Proteststurm auslösten. England, Japan, Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien und die Vereinigten Staaten erhoben China gegenüber Vorstellungen betreffs „der



Japan — Korea — Mandschurei

Zweckmäßigkeit einseitiger Verhandlungen mit einzelnen Mächten, die auf eine Verminderung der Souveränität Chinas in irgendeinem Teil des Landes hinielten“. Im besonderen Japan notifizierte, daß, falls Rußland territoriale und kommerzielle Vorteile eingeräumt würden, es die gleichen Vorrechte für sich beanspruche.

Durch den Protest der Mächte, der in seltener Einmütigkeit erfolgt war und Rußland in die Isolation drängte, sah sich Rußland zu einigen, wenn auch geringfügigen Änderungen veranlaßt. Es antwortete Japan, daß es sich bei dem Abkommen nur um eine für kürzere Dauer berechnete Abmachung handele, die die Zurückziehung der russischen Truppen aus der Mandschurei erleichtern solle, daß aber weder die chinesische Souveränität noch die Rechte oder Interessen dritter Staaten verletzt oder beeinträchtigt werden sollten. Aber weder Japan noch die anderen beteiligten Mächte gaben sich mit dieser allzu vagen Erklärung zufrieden. Nach endlosem Hin und Her wurde schließlich am 18. April 1902 der endgültige Vertrag unterzeichnet, der die hauptsächlichsten Punkte zugunsten Chinas regelte. 1. Die Mandschurei wurde als integrierender Bestandteil des Chinesischen Reiches erneut anerkannt; 2. die Räumungsfrist für die russischen Truppen wurde von 3 Jahren auf 18 Monate herabgesetzt; 3. kein Artillerieverbot für China wurde ausgesprochen; 4. die Klausel, daß ohne Zustimmung Rußlands weder über den Liaufluß Brücken geschlagen noch die Eisenbahn verlängert werden dürfte, wurde dahingehend abgeschwächt, daß China in diesen Dingen „im Einverständnis mit Rußland“ handeln sollte. Daß schließlich diese verhältnismäßig milde Vereinbarung, in der Rußland viele seiner ursprünglichen Forderungen aufgab, zustande kam, mochte zu einem nicht geringen Teile an dem im Januar 1902 zwischen England und Japan abgeschlossenen Bündnisvertrag liegen, der ein warnendes Zeichen dafür war, daß die Widersacher des Zarenreichs im Fernen Osten nicht mehr gewillt waren, dessen aggressives Verhalten hinsichtlich der immer noch chinesischen Mandschurei widerstandslos hinzunehmen.

Die Besetzung der Mandschurei zur Zeit des Boxeraufstandes „im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung“ und „um dem Kaiser von China im Verfolg alter Überlieferungen brüderliche Hilfe zu leisten“, wie auch das Ansinnen Rußlands vom 25. August 1900 an die ausländischen Mächte, alle Truppen und Gendarmen aus Peking zurückzuziehen, „damit sich dort leichter eine gesetzliche Regierung bilden könne“, hatte alle hellhörig gemacht. Rußland schien geradezu auf ein Protektorat über China hinzuarbeiten. Es protestierte auch — allerdings erfolglos — gegen die chinesisch-amerikanische Konvention, die 1903 Mukden und Andun dem Fremdhandel öffnete.

Die Zahl der in der Mandschurei zur Zeit des Abschlusses des Vertrags zwischen Rußland und China, also im April 1902, stationierten russischen Truppeneinheiten belief sich auf etwa 40 000 Mann. Deren Zurückziehung sollte nun also erfolgen. Aber trotzdem sich die führenden russischen Köpfe, wie Graf Witte, der Außenminister Graf Lamsdorff und auch General Kuropatkin, alle Mühe gaben, sie beim Zarenhofe durchzusetzen — in klarer Erkenntnis der drohenden Gefahr —, war der Erfolg sehr gering. Eine Gruppe obskurer Freunde des Zaren, die 1903 die „Gesellschaft für Bergbau und Forstwirtschaft“ gegründet und umfangreiche Konzessionen am Yalu erworben hatte, sorgte aus Gründen privater Bereicherung und territorialer Machtausweitung dafür, daß die russischen Soldaten auf das Gebiet ihrer

Eisenbahnkonzession zurückgenommen wurden, wo ja Wachtruppen sein durften. Was Mukden betrifft, so wurden die dort stationierten 6000 Mann in festen Garnisonen, eine Marschstunde entfernt, untergebracht! „In diesem Falle“, berichtet der „Times“-Korrespondent wörtlich, „bedeutet Räumung nichts weiter als die Zurückziehung der russischen Truppen nach einem Punkt, von dem aus die (betreffende) evakuierte Stadt sofort und widerstandslos wiedergenommen werden kann. Die Mandschurei befindet sich völlig unter russischer Herrschaft.“ Ähnliche Methoden wurden im Hinblick auf Niuchuang angewandt. Als Rußland dessen vollständige Evakuierung bekanntgab, hatte es sich soeben in den Besitz der Zölle und der Stadtverwaltung gebracht; ja, es ging so weit, die Stadt und die Forts an der Mündung des Liao wieder zu besetzen.

Das schlimmste jedoch — was einem offenen Vertragsbruch gleichkam — war, daß Rußland bereits am 18. April eine Reihe von neuerlichen Forderungen an China stellte, von deren Erfüllung die weitere Evakuierung abhängig gemacht wurde (laut „Times“ vom 5. Mai 1903):

1. Kein Teil des zurückgegebenen Territoriums dürfe in irgendeiner Form an eine andere Macht übertragen werden;
2. die gegenwärtige Verwaltung der Mongolei dürfe nicht geändert werden;
3. China sollte in der Mandschurei keine neuen Vertragshäfen öffnen noch neue Konsuln zulassen ohne Einwilligung der russischen Regierung;
4. keine Fremden außer Russen sollten in den Verwaltungen sowohl der Mandschurei als auch der Mongolei beschäftigt werden;
5. Rußland sollte die Kontrolle der Telegraphenleitung zwischen Port Arthur, Niuchuang und Mukden ausüben dürfen;
6. die Russisch-Chinesische Bank sollte als Zollbank weiterbestehen;
7. alle Rechte, die von russischen Untertanen in der Mandschurei zur Zeit der Okkupation durch die Russen erworben wurden, sollten auch nach der Räumung Geltung behalten.

Da diese unerhörten Forderungen den fremden Mächten nicht offiziell zur Kenntnis gebracht wurden, versuchte Rußland, so lange wie möglich den wahren Sachverhalt zu verheimlichen und die Mächte zu täuschen. Die britische Regierung scheint den russischen Darstellungen und Dementis (gegenüber den auftauchenden Gerüchten) anfangs Glauben geschenkt zu haben — soweit dies bei der „Glaubwürdigkeit“ russischer offizieller Angaben überhaupt der Fall sein konnte —, wie eine Rede Lord Lansdownes im englischen Oberhaus vom 1. Mai beweist. Die USA. und Japan jedoch ließen sich nicht irreführen. Schon am 26. April verlangte die amerikanische Regierung von Rußland und — pro forma — von China die strikte Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen. Der amerikanische Gesandte in Peking richtete eine Protestnote an Prinz Ching hinsichtlich zweier den amerikanischen Interessen besonders zuwiderlaufender Punkte der ihm anscheinend genau bekannten russischen Forderungen. Diese vorerst rein papiernen Einwendungen ließen zwar Rußland eine kleine Atempause; aber bald traten neue Schwierigkeiten ein, die die Lage immer mißlicher gestalteten. Die Russen ließen die Forderungen an China fallen, machten aber auch keine Miene, die Räumung fortzusetzen. Im Gegenteil, sie hatten die Unverfrorenheit, das Überhandnehmen des Räuberunwesens auf „Gerüchte von der bevorstehenden Evakuierung der Mandschurei“ zurückzuführen, während es in Wahrheit mehr damit zusammenhing, daß die Russen auf der völligen Entwaffnung der eingeborenen Bevölkerung bestanden.

Was hatte nun aber Rußland mit der Mandschurei eigentlich im Sinn? Diese Frage scheint naiver als sie ist. Es läßt sich füglich bezweifeln, daß Rußland von Anfang an die Absicht gehabt hätte, die Mandschurei zu annektieren. Es hatte ursprünglich wohl eine kommerzielle, aber keine territoriale Expansion im fernöstlichen Raume vor. Durch eine vollständige Einverleibung wären die Chinesen russische Staatsbürger mit allen daraus resultierenden Rechten geworden; das widersprach dem Bestreben, ein Vordringen der fremden Rasse in Ostsibirien zu verhindern. Eine Art Protektorat über das ansehnliche Gebiet hätte vollauf genügt. Inzwischen hatte sich jedoch die Lage insofern geändert, als es unmöglich war, die Mandschurei rein kommerziell dem russischen Einfluß so zu unterwerfen, daß die anderen Mächte, vor allem Japan, zurückgedrängt würden.

Indessen war eine direkte formelle Einverleibung nicht ohne weiteres durchzuführen, da schwerste Rückwirkungen von Japan und auch den anderen in der Mandschurei interessierten Fremdmächten zu befürchten waren. Rußland entschloß sich deshalb, vorerst indirekt vorzugehen und die Methode einer allmählichen materiellen Annexion so lange anzuwenden, bis es zu fest im Sattel säße, als daß Japan ein aktives Vorgehen wagen würde. Neben direkten Aufrüstungsvorbereitungen verstärkte es seine Eisenbahntuppen in der Mandschurei und speicherte große Material- und Nahrungsvorräte. Die okkupierenden Truppenteile ließ es nur bis an die Eisenbahn zurückgehen und machte die versprochene Räumung zu einer bloßen Farce. Im August 1903 war man sich selbst in China und Japan völlig darüber klar, daß nicht nur die russische Besetzung der Mandschurei einem Dauerzustande gleichkomme, sondern daß sogar Korea bedroht war. Verschärft wurde die Situation, als die Russen Yungampo am Yalu unter dem Vorwand besetzten, von dort Holz verflößen zu müssen. Wieviel Japan an einem friedlichen Ausgleich lag, zeigt sein Druck auf die koreanische Regierung, den Ort zu einem geöffneten Vertragshafen zu erklären. Aber es war im höchsten Maße alarmiert.

Denn Japans eigentlicher Rivale war wie in der Mandschurei so auch in Korea nicht China, sondern Rußland. Zum erstenmal war die russische Aktivität im Hinblick auf Korea im Jahre 1886 in Erscheinung getreten, als durch den chinesischen Residenten in der Hauptstadt Seoul ein Komplott aufgedeckt wurde, dessen Ziel es war, Korea unter russische Protektion zu bringen. Als Gegenmaßnahme besetzten die Briten Port Hamilton, gaben es jedoch wieder auf, als ihnen von China eine ausdrückliche offizielle Erklärung übermittelt wurde, die garantierte, daß die Russen keinerlei koreanisches Gebiet besetzen würden, falls England Port Hamilton räume. (Noch 1894 wurde dieses Versprechen von seiten Rußlands als bindend erklärt von keinem Geringeren als Sir Edward Grey, der damals das Auswärtige Amt im Unterhaus vertrat.) 1888 tätigte Rußland dann mit Korea eine Handelskonvention, die die Landesgrenze den russischen Händlern öffnete, die Einfuhr von Rußland her auf dem Landweg zu einem niedrigeren Zollsatz zuließ als die Seeimporte und ihm das Recht einräumte, im nördlichen Teil der Halbinsel Agenten zu unterhalten.

Der japanische Gegenstoß

Als 1894 in Korea Unruhen ausbrachen, kam es über der sowohl von China als auch von Japan zur Niederwerfung des Aufstandes durchgeführten Ent-

sendung von Truppen, deren Kompetenz beide Teile bestritten, zum Kriege. Rußland, unterstützt von Deutschland und Frankreich, protestierte gegen die im Friedensvertrag von Shimonoseki ausgesprochene Abtretung der Halbinsel Liautung mit Port Arthur. Korea wurde für unabhängig erklärt. Japan mußte nachgeben, kämpfte aber weiterhin mit diplomatischen Mitteln verbissen um seinen Einfluß in Korea. Das Ergebnis der mit Rußland geführten Verhandlungen, die sich über Jahre erstreckten, bestand in 3 Verträgen.

Der erste war das am 14. März 1896 in Seoul unterzeichnete Waeber-Komura-Memorandum. Darin wurde festgelegt, daß sowohl Rußland als auch Japan Korea bei der Schaffung geordneter Verhältnisse im Landesinnern helfen und zu diesem Zweck Truppen unterhalten sollten, die gleichzeitig gewisse Interessen ihrer Staaten zu schützen hätten. Im Juni desselben Jahres folgte diesem Memorandum ein Vertrag, der Japan die Verwaltung der in seinem Besitz befindlichen Telegraphenleitung auf koreanischem Boden sicherte und die Russen zum Bau einer eben solchen Leitung von Seoul an die Grenze ermächtigte. Während der nächsten zwei Jahre bemühten sich beide Parteien krampfhaft, ihren Einfluß zu vergrößern und den der andern Seite zu untergraben. Aber im März 1898, kurz vor Abschluß des dritten Vertrages, informierte die koreanische Regierung in einer offiziellen Demarche die Regierungen Rußlands und Japans, daß die Ordnung im Landesinnern wiederhergestellt sei und die fremden Berater zurückgezogen werden könnten.

Die Folge war eine neue Vereinbarung, die Nissi-Rosen-Konvention vom 25. April 1898. Ihr Text umfaßt 3 wichtige Punkte:

1. Japan und Rußland erkennen endgültig die Souveränität und völlige Unabhängigkeit Koreas an und verpflichten sich gegenseitig, sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieses Landes zu enthalten.

2. Um jedwede Mißverständnisse in Zukunft zu vermeiden, verpflichten sich beide Kontrahenten, falls die koreanische Regierung eine der beiden Mächte um Rat und Beistand angeht, keinerlei Maßnahmen — wie etwa die Ernennung von militärischen Instruktoren und finanziellen Ratgebern — ohne vorherige gegenseitige Verständigung zu treffen.

3. Im Hinblick auf die große Entwicklung, die die kommerziellen und industriellen Unternehmungen Japans in Korea genommen haben wie angesichts der beträchtlichen Zahl von japanischen Untertanen, die dieses Gebiet bewohnen, wird die russische Regierung dem Ausbau der kommerziellen und industriellen Beziehungen zwischen Japan und Korea keinerlei Hindernisse in den Weg legen.

Japan ging nun mit verstärkter Energie an den Ausbau seiner Stellung in Korea. Die erste Eisenbahnlinie, die Strecke Seoul—Chemulpo, wurde von einer japanischen Gesellschaft gebaut und die Errichtung der Linie Seoul—Fusan den Japanern übertragen. Japanische Banken richteten überall im Lande Filialen ein; die Schifffahrt gelangte zum größten Teil in japanische Hände; der Handel war es bereits in starkem Maße; auch japanisches Geld wurde teilweise in Umlauf gesetzt. Japanische Siedler wanderten in immer größerer Anzahl zu.

Daß Korea für Japan lebenswichtiges Interessengebiet war, erkannte Großbritannien im englisch-japanischen Vertrag vom 30. Januar 1902 ausdrücklich an. Aber da auch für Rußland der Besitz Koreas hohe Bedeutung gehabt hätte bei seinen Aspirationen hinsichtlich eines asiatischen Imperiums, gab es trotz den Verträgen kein ersprießliches Nebeneinander. Das ganze Jahr 1903 war angefüllt mit Verhandlungen zwischen den beiden Mächten, um die koreanische Frage zu lösen.

Japans Vorschläge zur Regelung der Streitfrage waren durchaus nicht unbillig zu nennen, sein Respekt vor Rußlands militärischer Macht diktierte ihm Vorsicht. Es war im großen und ganzen bereit, Rußlands Rechte in der Mandschurei — bei Sicherstellung seines eigenen Handels dort und Anerkennung seiner Sonderstellung in Korea — zu achten. Auch in Rußland gab es günstige Strömungen für eine Einigung. So war die öffentliche Meinung schon deswegen gegen eine Expansion in Ostasien mit kriegerischen Mitteln, weil sie die Geschäfte der „Bismarckdeutschen“ besorge, die eine Ablenkung Rußlands von den Vorgängen in Europa zu ihrem eigenen Vorteil wünschten. Auch der größte Teil der zünftigen Politiker, der ehemalige Finanzminister Witte, Außenminister Graf Lamsdorff, der Botschafter in Tokio, Baron Rosen, und General Kuropatkin, setzten sich für den Frieden ein. Dazu kam, daß Rußlands außenpolitischer Kredit stark gesunken war.

Wer war nun aber der Hauptschuldige an der ganzen Entwicklung? In erster Linie der Zar Nikolaus II., der — an sich von friedfertigen Absichten erfüllt — sich zum Schaden seines Reiches ganz ins Schlepptau weniger Günstlinge nehmen ließ — unter ihnen der Vizekönig und „Statthalter des Ostens“ Alexejew —, die an den großen Holzkonzessionen am Yalu und einer Expansion direkt interessiert waren und die die legitime Regierung völlig ausschalteten. Graf Witte, Rußlands größter Staatsmann, drang vergebens in den Zaren, die Yalu-Konzessionen in höherem Interesse aufzugeben; auch General Kuropatkin mahnte, es wegen „einiger koreanischer Distrikte, die für Rußland von keinerlei entscheidender Bedeutung“ wären, nicht zum Kriege kommen zu lassen.

Ende August wurde Witte endgültig kaltgestellt, und der „Statthalter des Ostens“ Alexejew, Holzgroßspekulant und Zarengünstling, führte die Verhandlungen mit den Japanern weiter. Auch die Alarmdepeschen des Botschafters Rosen waren umsonst. Der Zar verharrte in seinem Optimismus, der aus der seltsamen Weltweisheit kam, die ihn charakterisierte und die zu einem wahren Übermachiavellismus in seinen Meinungsäußerungen — öffentlichen wie privaten — führte.

Die Dinge liefen nun wie sie laufen mußten, besonders da Wittes glückliche Hand und großes Geschick fehlten. Zunächst wurde Japan hingehalten — und dann vor unannehmbare Forderungen gestellt. Allerdings schien noch einmal eine Aussöhnung der beiden Gegner im Bereiche der Möglichkeit, als am 30. November Rußland bereit war, seine Absichten hinsichtlich Koreas zugunsten einer Anerkennung seiner Position in der Mandschurei durch Japan aufzugeben. Auch diese Hoffnung zerschlug sich, und Japan schritt zum Abbruch der Verhandlungen. Ein späterer russischer Vorschlag lautete dann dahin, daß der an die Mandschurei angrenzende Teil Koreas nördlich des 39. Breitengrades — fast die Hälfte des Landes — neutralisiert und auch im übrigen Teile keine militärischen Anlagen errichtet werden sollten. Für Truppensendungen sollte das russische Einverständnis nötig sein, während andererseits Rußland allen Zugeständnissen hinsichtlich des japanischen Handels in der Mandschurei weiterhin geflissentlich aus dem Wege ging.

Am Neujahrstage 1904 wünschte der Zar zwar noch einmal: „Gott segne Rußland mit einem friedlichen neuen Jahr“, und Fürst Meschtscherski erklärte: „90 von 100 Chancen sind für den Frieden“, aber die Lage war hoffnungslos. Ende Januar kam der entscheidende Vorfall. Am 28. berief der Zar auf Wittes Bemühungen

hin einen aus dem Kriegs-, Marine- und Außenminister bestehenden Rat unter dem Vorsitz des Großfürsten Alexis, der noch einmal die Möglichkeiten erörtern sollte, wie man einen Konflikt mit Japan in letzter Stunde vermeiden könnte. Vorgeschlagen und angenommen wurde ein Vergleich, durch den Rußland auf die von den Japanern abgelehnte neutrale Zone in Korea verzichten wollte. Nur einer der Anwesenden war dagegen gewesen: der an den Holzkonzessionen beteiligte Zarenünstling Abasa. Abasa suchte daraufhin den Zaren auf, der den genauen Sitzungsbericht noch nicht kannte, und machte ihn glauben, die Mehrheit der Ratsmitglieder habe über den strittigen Punkt dieselbe Ansicht wie er. Darauf ermächtigte ihn der Zar, in seinem Namen an Alexejew zu telegraphieren, daß es bei dem alten russischen Vorschlag bliebe. Abasa hatte die Stirn, auch noch den japanischen Botschafter Baron Kurino von dieser vermeintlichen Entscheidung des Zaren in Kenntnis zu setzen. Diese skandalöse und unverantwortliche Handlung eines hochstehenden Seeoffiziers brachte den Stein ins Rollen. Ehe das verräterische Manöver wieder gutgemacht werden konnte, berief Japan am 5. Februar seinen Botschafter ab. Ein letztes Geheimtelegramm des Zaren an den Vizekönig Alexejew, das die den russischen diplomatischen Vertretern in Tokio, Seoul und Peking mitzuteilende wichtige Botschaft enthielt, daß er damit einverstanden sei, wenn die Japaner ganz Korea bis zu den Grenzen der russischen Konzessionen am Tuman-Ula im Norden und am Yalu im Westen in Besitz nähmen, wurde von Alexejew unterschlagen, da es ihm wohl zu unangelegen kam. In der Nacht vom 8. zum 9. Februar überfielen die Japaner dann die russische Flotte auf der Außenreede von Port Arthur. Der Krieg hatte begonnen.

Verlauf und Ausgang des Krieges zu schildern, ist nicht mehr die Aufgabe dieser Arbeit. Nur das eine sei abschließend festgestellt: Rußlands Niederlage setzte seinen fernöstlichen Expansionsgelüsten auf Jahrzehnte ein völliges Ende.

Japan trat sein Erbe an.

Nach dem Frieden von Portsmouth

Die Zielsetzung Rußlands in der Periode seit 1905 steht von vornherein fest: die Beherrschung des kontinentalen Raumes der fernöstlichen Pazifikküste. Aber auch der nähere Schauplatz, die Mandschurei, hat sich — Korea ist ausgeschieden, da dort Japan fest im Sattel sitzt — nicht geändert. Dasselbe gilt für den Hauptgegner, der weiterhin Japan heißt, wenn auch nach dem Weltkrieg in den zwanziger Jahren insofern eine vorübergehende Modifikation eintrat, als es China, dem eigentlichen Leidtragenden des fernöstlichen politischen Geschehens, möglich war, sich infolge beginnender nationaler Festigung mehr und mehr in den Vordergrund zu schieben. Gerade in diese Zeit jedoch fällt der umfassende Versuch Moskaus, sich unter Ausnutzung eben dieser nationalchinesischen Bestrebungen die alleinige Vorherrschaft in und über China zu sichern, indem es als seine Wegbereiter der Reihe nach Joffe, Karachan, Borodin und Galen (der jetzige Feldmarschall Blücher!) dorthin sandte, um, trotz anders lautender Phrasen, dessen Sowjetisierung einzuleiten. Das gelang zwar nicht, aber — wie besonders die Ereignisse seit 1937 zeigen — ganz war der Einfluß des von Moskau dirigierten Kommunismus nicht wieder auszuschalten.

Nach dem Frieden von Portsmouth (5. 9. 1905) war Rußland durch die glänzenden japanischen Siege zwar auf die Knie gezwungen, aber doch nicht vernichtet. Es mußte alle Rechte in der Südmandschurei (dem heutigen Kwantungsgebiet), einschließlich der Pacht von Port Arthur und der Bahnlinie Dairen—Changchun mit den dazugehörigen Kohlenbergwerken, sowie Südsachalin vom 50. Breitengrad ab abtreten; es mußte Japans überwiegende Interessen in Korea anerkennen. China wurde in seine Hoheitsrechte wieder eingesetzt. Außerdem leitete der Vertrag eine Regelung der Frage der Fischereigerechtsame an der russischen Pazifikküste ein. Im ganzen kam Rußland nicht eigentlich schlecht weg, Japan jedoch gewann nicht wenig, was sich vor allem hinsichtlich Koreas sehr bald zeigte, das bereits am 27. 11. 1905, d. h. noch vor Austausch der Ratifikationsurkunden, japanisches Protektorat wurde.

Über den Vertragsabschluß von Portsmouth schreibt Iswolski in seinen Memoiren, der Haupterfolg, den er für Rußland gehabt hätte, sei gewesen, daß er den Weg für die Aufnahme normaler Beziehungen zu Japan wieder eröffnete, mehr noch: zu einer wirklichen Annäherung in Gestalt einer Allianz. Da als Streitobjekt im wesentlichen die Mandschurei übriggeblieben war, handelte es sich um die Abgrenzung der russischen und japanischen Interessen dort. Wie sollte die Demarkationslinie verlaufen?

Um die beiden ehemaligen Feinde erst einmal an den Verhandlungstisch zu bringen, schaltete sich mit Einverständnis Großbritanniens Frankreich ein, das Rußland im Interesse seiner europäischen Revanchegelüste wieder ins Spiel bringen wollte. Das psychologische Moment dazu lieferte der Vertrag, den es am 10. Juni 1907 mit Japan abschloß und in dem sich beide Staaten ihre Besitzungen im Fernen Osten garantierten und gegenseitige Hilfe zur Sicherung des Friedens und des „status quo“ in China zusagten. Frankreich setzte sich nun aktiv für ein ähnliches Übereinkommen zwischen Rußland und Japan ein, das als ein erster Schritt zu umfassenderen Abmachungen gedacht war. So kommt es denn auch schon am 13. desselben Monats zwischen Rußland und Japan zu einer Konvention über die Vereinigung der beiderseitigen Bahnen in der Mandschurei und deren Ausbau und am 28. Juli zu einem Handels- und Schiffahrtsvertrag sowie einer Fischereikonvention, die den Japanern das erstmal gestattet, an der gesamten russischen Ostküste zu fischen. Die entscheidende Annäherung jedoch vollzieht sich zwei Tage später in der Konvention vom 30. Juli und vor allem in dem Geheimvertrag desselben Tages, der später von den Sowjets zur Diffamierung der Zarenpolitik zusammen mit späteren Geheimverträgen veröffentlicht wurde. Erstere enthält in allgemeinen Redewendungen neben dem Wunsch der beiden Mächte, gutnachbarliche Beziehungen aufrechtzuerhalten, die Versicherung, die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Chinas zu respektieren sowie den „status quo“ mit allen friedlichen Mitteln zu verteidigen; was aber darunter zu verstehen ist, erläutert der Geheimvertrag. Er regelt die Interessen der beiden Großmächte hinsichtlich der drei wichtigsten ihrem Einfluß unterstehenden Gebiete. Zunächst in bezug auf die Mandschurei, wo sich, „die natürliche Gravitation der Interessen sowie der politischen und wirtschaftlichen Aktivität im Auge habend“, die Russen südlich und die Japaner nördlich einer dem Sungari folgenden Linie verpflichten, weder Bahn- noch Telegraphenkonzessionen zu erwerben noch solche des Partners zu verhindern

(Artikel I). In Art. II sagt Rußland zu, nichts zu unternehmen, was die zukünftige Entwicklung politischer Solidarität zwischen Japan und Korea hindern könnte, und in Art. III erkennt Japan entsprechend die russischen Sonderinteressen in der Äußeren Mongolei an. (Spätere Bemühungen, auch die Innere Mongolei einzubeziehen, brachte Japan — wie aus einem Telegramm vom 1. Mai 1909 des russischen Botschafters in Tokio nach Petersburg hervorgeht — zum Scheitern, „da dies in China ungünstig für Japan ausgelegt werden kann“). Die Mandschurei wird also in Interessensphären aufgeteilt, während in Korea Japan und in der Äußeren Mongolei Rußland freie Hand bekommt.

Waren es das erstmal die Franzosen, die Rußland und Japan einander näherbrachten, so waren es wenige Jahre später die Amerikaner, die die Rolle des politischen Vermittlers — wenn auch wider Willen — übernahmen. In völliger Verkenntung der Situation in der Mandschurei machte der amerikanische Staatssekretär Knox 1909 den Vorschlag — einer Art „asiatischem Monroeismus“ (nach Fullerton) seines Präsidenten Taft folgend —, die mandschurischen Bahnen im Sinne des Harriman-Projekts einem internationalen Syndikat zu unterstellen und dadurch politisch zu neutralisieren. Die gemeinsame Reaktion Rußlands und Japans auf diese Einmischung hin war eindeutig: Mit nicht mißzuverstehender Spitze schlossen sie am 4. Juli 1910, also gerade am amerikanischen Unabhängigkeitstage, einen ähnlichen Vertrag wie drei Jahre vorher, der auch in gleicher Weise durch eine Geheimkonvention ergänzt wurde. Der öffentliche Vertrag verwandelte den Geheimvertrag von 1907 in einen offiziellen mit der leichten Verschärfung, daß von einer Aufrechterhaltung des „status quo“ nicht mehr mit lediglich friedlichen, sondern — allerdings nach vorheriger Konsultation — mit allen „notwendigen“ Mitteln die Rede ist. Eine noch stärkere Verschärfung der Tendenz gegenüber 1907 weist der Geheimvertrag auf: Legte nämlich der Vertrag von 1907 nur fest, was der Vertragspartner im Interessengebiet des andern nicht tun solle, so erfolgt jetzt in ganz positiver Weise die Anerkennung des Rechts der andern Partei, in ihrer Sphäre in ihrem Sinne vorzugehen.

Zu einem weiteren Geheimvertrag kommt es in Gestalt der am 8. Juli 1912 in Petersburg abgeschlossenen Konvention, die das erstmal die bislang unregelten Interessen der Inneren Mongolei mit einbezog. Der Vertrag enthält die Konkretisierung der Bestimmungen der Artikel vom Jahre 1907: Er sicherte die Nordmandschurei und die Äußere Mongolei Rußland zu, das kurz darauf — am 12. November 1912 — erst einmal die Autonomie der Mongolei innerhalb des chinesischen Staatsverbandes (von dieser selbst zwei Monate nach Ausbruch der Revolution in China am 12. Oktober 1911 ausgesprochen) anerkannte, während die Südmandschurei und die Innere Mongolei zu Japans Einflußgebiet gerechnet wurden.

Zu den letzten — teils öffentlichen, teils geheimgehaltenen — Abmachungen, die auch heute noch nicht alle bekannt sind, kam es im Laufe des Jahres 1916 im Zusammenhang mit den Kriegslieferungen Japans. Die Reihe dieser vertraglichen Bindungen bildet eine Art „entente cordiale“, deren Geltung sich auch auf die Zeit nach dem Kriege erstrecken sollte und die eine Sicherung der beiderseitigen Interessen in China gegenüber den anderen Mächten bezweckte. So versprach z. B. Rußland im Abkommen vom 5. Mai, Japans Ziele in China zu unterstützen, während

die Konvention vom 3. Juli, die infolge des Ausbruchs der Revolution in Rußland nicht in Geltung trat, Ergänzungsklauseln enthält über russische Konzessionen in der Nordmandschurei, wobei sogar eine Abtretung der letzten russischen Strecke der japanischen Südmandschurischen Eisenbahn, die Linie Changchun—Harbin, erwogen wird. Die Ergänzung dazu bildet eine geheime Defensiv-Allianz vom gleichen Tage, die sich in etwas unklarer Weise gegen interventionslustige dritte Mächte richtet. Die bolschewistische Revolution schafft dann eine völlig veränderte Lage; in der Nordmandschurei und in Sibirien treten chaotische Zustände ein, die das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und Japap auf eine neue Basis stellen.

Ehe wir diese Entwicklung weiter verfolgen, die Moskau unter dem Zeichen des Bolschewismus zwar mit anderen Mitteln, aber mit demselben Ziel am Werke sieht, schalten wir eine kurze Schilderung der Beziehungen Rußlands mit dem Chinesischen Reiche ein.

Streitigkeiten um die Mongolei

China war immer mehr zu einem bloßen Schatten seiner einstigen Größe und Macht herabgesunken. Nachdem die Fremdmächte es schon seit Jahren von allen Seiten bedrängt hatten, schien ihm im Jahre 1911/12 die Revolution, die zur Errichtung der Republik führte, von innen heraus den Todesstoß zu versetzen. Immer größere Teile seiner Randgebiete, die schon lange nur noch den Namen nach dem Himmlichen Reiche zugehörten, bröckelten ab, während das Kernland hilflos zu sehen mußte, umlauert von seinen beutegierigen Nachbarn, vor allem von Rußland, das wiederum selbst von den Westmächten, die durch die monopolartigen Ansprüche des Zarenreichs ihre eigenen Interessen bedroht sahen, mißtrauisch beobachtet wurde. Dieser Argwohn äußerte sich z. B. sehr stark bei Gelegenheit der von China zu seiner wirtschaftlichen Konsolidierung im Jahre 1913 bei amerikanischen, britischen, französischen und deutschen Banken aufgenommenen Währungsreform- und Industriebanleihe, bei der Rußland und Japan mit Absicht ausgelassen worden waren. Von seiten Rußlands erfolgte auch prompt ein Protest, dem sich Japan anschloß.

War das russische Vorgehen hier noch verständlich und verhältnismäßig harmlos, so war es in anderer Hinsicht weit weniger ungefährlich, und zwar im Hinblick auf die Mongolei, die sich als unabhängig erklärt hatte. Rußland zählte die Mongolei zu seiner absoluten Interessendomäne und unterstützte weitgehend die Autonomiebewegung der mongolischen Fürsten und Lamas, die im Anschluß an eine Zusammenkunft in Urga gegen den Widerspruch des chinesischen Residenten im Juli 1912 nach Petersburg Deputierte „um Hilfe“ sandten, nachdem Rußland bereits vorher in Urga ein Konsulat eingerichtet hatte, zu dessen Schutz es nunmehr 2000 Mann Truppen absenden zu müssen glaubte. Schließlich kam es dann auch zwischen Rußland und der Mongolei am 12. November 1912 zu einem der chinesischen Regierung nur vier Tage vorher vorgelegten Vertrag, der unter nomineller Wahrung der chinesischen Souveränität aus der Äußeren Mongolei eine Art russisches Protektorat machte. Ein Jahr später, am 5. November 1913, mußte sich China in einer gemeinsam mit Rußland erlassenen Deklaration sogar dazu verstehen, die Autonomie der vier Provinzen der Äußeren Mongolei unter seiner Souveränität offi-

ziell anzuerkennen, und am 7. Juni 1915 wird als vorläufiger Endstatus erreicht, daß ein russisch-chinesisch-mongolisches Dreierabkommen zu Kiachta die Außenmongolei unter das gemeinsame Protektorat der Russen und Chinesen stellt. Wer in Wirklichkeit herrschte, war dabei außer Zweifel.

In der Mongolei waren damit Verhältnisse entstanden, die sich nicht wieder beseitigen ließen: Sie ist in den chinesischen Reichsverband nicht wieder zurückgekehrt, sondern immer mehr dem Einfluß Rußlands verfallen. Nach der bolschewistischen Revolution 1917 hatte es allerdings zunächst den Anschein, als gelänge es China, die Mongolei wieder an sich zu ziehen. Aber nach dem kurzen Zwischenspiel Ungern-Sternbergs besetzten die Bolschewisten im Juli 1921 das Land. Sie proklamierten die „Revolutionäre Sowjetrepublikanische Regierung des mongolischen Volkes“, erließen sofort scharfe Handels- und Reisebeschränkungen, wiesen die Ausländer aus und begannen energisch zu sowjetisieren. Die Bestätigung dafür bildet die nach sowjetischem Muster im Jahre 1924 erlassene mongolische Verfassung. Aber die Bolschewisten sind vorsichtig: Nominell bleibt die Äußere Mongolei weiterhin unabhängig und von der „Buriato-Mongolischen Sowjetrepublik“ um den Baikalsee unterschieden. Trotzdem ist ihr Schicksal besiegelt. Zehn Jahre später, 1935, verhandelt der mongolische Premierminister Gendun in Moskau ganz offen über sowjetische militärische Hilfe für den Fall eines Krieges mit Japan im Zusammenhang mit den ständig mandschurisch-mongolischen Zwischenfällen.

Im eigentlichen China konnte von einer wirksamen Einschaltung des neuen Bolschewistenstaates zunächst noch keine Rede sein. Die Bolschewisten hatten nach 1917 im eigenen Lande genug damit zu tun, ihre Macht zu konsolidieren. Aber sehr bald änderte sich die Situation. Kaum hatte sich die Macht der Bolschewisten stabilisiert, als sich auch schon ihre weltpolitischen Tendenzen in den Vordergrund zu schieben begannen. Schon am 25. Juli 1919 erläßt der Stellvertretende Sowjetische Außenkommissar Karachan eine „Deklaration an die chinesische Nation und die Regierungen von Süd- und Nordchina“, gefolgt von einer weiteren am 27. Oktober 1920, in denen sich die Sowjetunion bereit erklärt, auf alle Vorrechte aus der Zarenzeit in China zu verzichten. Zwar ist China anfangs skeptisch, aber nach einer erneuten Manifestation Yurins im Jahre 1921 erreichen die Sowjets erst einmal, daß der alte zaristische Gesandte in Peking ausgewiesen wird.

Das große Spiel der Sowjets in Ostasien

In ein akutes Stadium treten die sowjetischen Bemühungen, als im August 1922 Joffe, einer der fähigsten Sowjetdiplomaten, als Sondergesandter in China eintrifft. Er gehört zu den bolschewistischen Kreisen, die sich von einer Unterstützung der nationalen Bestrebungen in China vorläufig mehr erhoffen als von dem Versuch einer direkten Sowjetisierung. In diesem Sinne geht er ans Werk und vermag im Jahre 1923 in Schanghai in einer Unterredung, die in der öffentlichen Feststellung gipfelt, daß China „mangels geeigneter Vorbedingungen“ für den Kommunismus noch nicht geeignet sei, Chinas Reformator Sun Yat-sen davon zu überzeugen, daß die Sowjetunion der „selbstlose Freund“ seines Landes sei. Den gewünschten direkten Freundschaftsbeweis, die Räumung der Mongolei, bleibt er allerdings schuldig.

Sun Yat-sen glaubt, mit Hilfe der Sowjets seine Ziele erreichen zu können. Nachdem am 2. September 1923 Joffe von Karachan abgelöst worden ist, beginnt bei der Gegenregierung in Kanton der sowjetische Jude Borodin als Berater die Reorganisation der nationalchinesischen Partei der Kuomintang, während sich General Galen an den Aufbau der Kantonarmee macht. Im März 1924 beschließt dann der Erste Nationalkongreß, unter der Vorbedingung des Verzichts auf Propaganda, Kommunisten als Einzelpersonen in die Partei aufzunehmen. Kurz darauf, am 31. Mai, schließen Karachan und Dr. Wellington Koo vertragliche Abmachungen über die „allgemeinen Prinzipien für die Beilegung der Fragen zwischen der UdSSR. in China“ und über die vorläufige Verwaltung der Ostchinesischen Eisenbahn ab. China erkennt darin die Sowjetunion an, während diese noch einmal ausdrücklich auf ihre seit 1920 bereits aufgehobenen Exterritorialitätsrechte und die Konzessionen in bestimmten Vertragshäfen verzichtet.

Auch mit Japan einigte sich die Sowjetunion nach mannigfachen Schwierigkeiten am 19. Januar 1925. In diesem Vertrag wurden alle Differenzen einschließlich der strittigen Frage der Aufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen zur Zufriedenheit beider Teile beigelegt. Alle Verträge außer dem von Portsmouth sollten einer Revision unterzogen werden; man gewährte sich weiter gegenseitig die absolute Meistbegünstigung; in dem von ihm geräumten Nord-sachalin erhielt Japan Konzessionen auf die Hälfte der Ölausbeute und die Möglichkeit, sich später an der Kohलगewinnung zu beteiligen. Für Moskau sprang vor allem die praktische Anerkennung heraus, auf die es bei seiner internationalen Isolierung besonderen Wert legen mußte, und für Japan außer den so nötigen Ölkonzessionen eine Rückendeckung auf dem Festland, besonders erwünscht, nachdem es auf der Washingtoner Konferenz im allgemeinen und von den USA. in der Einwanderungsfrage im besonderen sehr brüskiert worden war. Zugleich war durch dieses Abkommen allen etwaigen für Japan unangenehmen Folgen eines Zusammengehens der Sowjetunion mit China von vornherein die Spitze abgebrochen.

Diese letzte Gefahr war jedoch für Japan bald gegenstandslos geworden. Nachdem schon der 2. Chinesische Nationalkongreß im Januar die Quote der in die Kuomintang aufzunehmenden Kommunisten auf 30% begrenzt und eine Reorganisation der Partei im kommunistischen Sinne abgelehnt hatte, erkannte Chiangkai-shek, der die Nachfolge Sun Yat-sens angetreten hatte, sehr bald, welcher Art die Geister waren, die China zu seiner Unterstützung gerufen hatte. Während des Feldzugs des Marschalls nach Norden (1926—28) hatten die Kommunisten nämlich ihre große Chance gekommen geglaubt: Unterstützt von Moskau, hatten sie 1927 in Hankau eine Gegenregierung errichtet, während in Kanton unter Führung des Sowjetkonsuls ein Aufstand ausbrach. Aber da schlugen Chiangkai-shek und Wang Ching-wei, die sich trotz mancher Meinungsverschiedenheiten in dieser Kardinalfrage durchaus einig waren, entschlossen zu. Borodin und Galen wurden ausgewiesen und die Sowjetvertretung in Peking, die Büros der Ostchinesischen Bahnverwaltung sowie die Russisch-Asiatische Bank im April 1927 durchsucht. Die kommunistische Partei wurde kurzerhand verboten. Die Sowjetunion berief daraufhin ihren Geschäftsträger aus Peking zurück, die chinesische Regierung entzog dem russischen Konsul das Exequatur, und am 10. Dezember 1927 wurden die diplomatischen Beziehungen praktisch abgebrochen. Dazu kam, daß es Moskau auch mit

Marschall Chang Tso-lin, dem Beherrscher der autonomen Mandschurei, verdarb. Als 1925/26 der sowjetische Generaldirektor der Ostchinesischen Bahn den Transport seiner Truppen ablehnte, ließ er ihn kurzerhand verhaften und erst auf ein sowjetisches Ultimatum hin wieder freigeben. Noch mehr verschlechterten sich dann die sowjetischen Beziehungen mit China, als nach dem Tode seines Vaters 1928 Chang Hsüeh-liang die „drei östlichen Provinzen“ der Nankinger Nationalregierung unterstellte.

Moskau auf dem Rückzug

Zwischen Mai und Dezember 1929 brach ein offener Konflikt aus. China ging gegen die sowjetischen Konsulate, Bahnangestellten und die kommunistischen Organisationen in der Nordmandschurei vor; der sowjetische Generaldirektor wurde entlassen und das Telegraphen- und Telefonsystem der Bahn von den Chinesen übernommen. Die diplomatischen Beziehungen wurden auch hier abgebrochen. Dieser Coup, der China völlig in den Besitz der Bahn gesetzt hätte, glückte jedoch nicht ganz. Nachdem gut ausgerüstete, von Sibirien herangeführte Truppen die Chinesen bei Mandschuli und Hailar in der Nordmandschurei geschlagen hatten, mußte China im Protokoll von Habarowsk am 22. Dezember 1929 die Wiederherstellung des „status quo“ billigen. Aber die diplomatischen Beziehungen blieben weiter unterbrochen und werden erst im Jahre 1932 wieder aufgenommen, nachdem die Besetzung der Mandschurei durch die Japaner eine Änderung der Lage hervorrief.

Gegen die Gründung des neuen Staates Mandschukuo unternahmen die Sowjets, wenn sie auch unter Blücher (= Galen) 150 000—200 000 Mann Truppen „für alle Fälle“ an der sibirisch-mandschurischen Grenze zusammenzogen, offiziell zwar nichts. Unter der Hand jedoch versuchten sie, den Japanern alle möglichen Hindernisse in den Weg zu legen. Das erreichten sie vor allem dadurch, daß sie die Ostchinesische Bahn von Lokomotiven und Wagen entblößten und so den japanischen Nachschub erschwerten, da nur die südmandschurische Strecke Dairen—Changchun auf Normalspurweite umgebaut und also für japanische Eisenbahnwagen brauchbar war. Nach längerem, erbittertem Hin und Her kam am 23. März 1935 in Tokio zwischen der Sowjetunion und Mandschukuo der Verkauf der sowjetischen Bahnprivilegien in einem von Japan garantierten Vertrag zustande: Die Kaufsumme, zu Zweidritteln in Waren zahlbar, wurde endgültig auf 140 Mill. Yen festgesetzt. Der Abkauf Nordsachalins, den Japan gleichzeitig vorschlug, wurde jedoch von Moskau abgelehnt.

Nach außen war also der Friede wiederhergestellt, wurde doch in Japan dieser Vertrag geradezu als eine Art De-jure-Anerkennung des neuen Staates Mandschukuo aufgefaßt. Unter der Decke jedoch lebte das alte Mißtrauen unverändert fort, wie allein die Zahl der sowjetischen Grenzverletzungen zwischen dem März 1932 und April 1936 — im ganzen 255! — zeigt. Aber auch die sich alljährlich wiederholenden Reibereien bei den Verhandlungen um die jeweilige Verlängerung der Fischeireverträge sind ein Beispiel dafür.

Moskau hatte also nunmehr nach seiner Stellung in Korea auch die in der Mandschurei eingebüßt; genau so wie das Zarenreich war auch die Sowjetunion Japan unterlegen. Aber noch gab sie den Kampf um die Vorherrschaft in Ostasien

nicht auf, noch glaubte sie, den endgültigen Sieg erringen zu können. Und um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, ging sie — getreu der schon im Jahre 1929 von der III. Internationale verkündeten Devise, die Errichtung der Diktatur des Proletariats in China vorzubereiten, — systematisch daran, die dem Kommunismus in den Zentralprovinzen seit den Jahren 1929/30 gewonnenen Ausgangsstellungen für ihre Zwecke auszubauen, um ganz China sturmreif zu machen. Denn — so rechnete sie — besaß sie erst einmal das Kerngebiet, konnten ihr auch die Außenländer nicht widerstehen. Als dann im Jahre 1937 der chinesisch-japanische Krieg ausbrach, sahen die Sowjets ihre große Stunde gekommen; sie unterstützten China mit allen Mitteln, um sich dabei um so bequemer einnisten zu können. So ließ auch die offizielle Annäherung nicht lange auf sich warten, und bereits am 21. August 1937, also ganz kurz nach Kriegsbeginn, schloß China — halb gezwungen, halb freiwillig — einen im Rahmen des Kelloggpaktes gehaltenen Nichtangriffspakt mit der Räterepublik ab, obwohl noch am 21. Februar desselben Jahres auf der 3. Vollversammlung des Zentralen Vollzugausschusses der Kuomintang in Nanking eine scharfe Erklärung gegen die Kommunisten angenommen worden war.

Damit ist aber auch der alte Gegensatz Moskaus zu Japan in voller Schärfe wieder aufgebrochen, zu Japan, das es übernommen hat, zum Nutzen einer künftigen Neuordnung die kommunistische Brandfackel in Ostasien auszutreten. Daß Japan dieses Ziel erreichen wird, so oder so, steht fest; die Bolschewisten werden weichen müssen. Damit geht eine Entwicklung ihrem Abschluß entgegen, deren erste große Etappe der Frieden von Portsmouth im Jahre 1905 gewesen ist: Die Sowjets werden auch in Ostasien in ihre natürlichen Schranken verwiesen, und indem das Zeitalter der Intervention raumfremder Mächte auch für die Beziehungen zum Fernen Osten endgültig vorüber ist, scheint das Endziel näher denn je: Ostasien den Ostasiaten!

WALTHER HEISSIG

Die Mongolei in der ersten Phase des großasiatischen Krieges

Als vor mehr als Jahresfrist der amerikanische Gelehrte und Politiker Owen Lattimore, bekannt als Verfasser verschiedener umstrittener Bücher über die mongolische Frage und als Herausgeber der us.-amerikanischen Monatschrift „Pacific Affairs“, als Spezialgesandter Roosevelts nach Chungking abreiste, schien das Pendel des politischen Geschehens stark nach Innerasien und der Mongolei ausschlagen zu wollen. Stärkere Aufmerksamkeit und größere Wachsamkeit der militärischen und politischen Kreise Asiens, vor allem der japanischen, war die Folge.

Es ist hier geboten, sich mit der Person Owen Lattimores etwas näher zu beschäftigen. Der 1900 in Washington geborene Mann genießt in den USA. den Ruf eines Spezialisten für chinesische und chinesisch-nordasiatische Grenz- und Minderheitenprobleme. Er verlebte seine früheste Jugend in Tientsin, aus welcher Zeit eine gründliche Kenntnis der nordchinesischen Umgangssprache datiert. Später vollendete er seine Ausbildung in der Schweiz und in England und trat in eine Handelsfirma in Tientsin ein. Nachdem er bereits kleinere Artikel über politische Fragen Chinas veröffentlicht hatte, unternahm Lattimore 1926/27 seine erste große Reise in die Mongolei, an die sich bald weitere Reisen in die nordwestlichen Provinzen Chinas und in die Mongolengebiete Mandschukuos anschlossen. In dieser Zeit betrieb er ein inten-

sives Studium der mongolischen Sprache und Verhältnisse. Diese Lernzeit wurde durch längere Pekingaufenthalte ergänzt, in denen er gemeinsam mit seiner gebildeten Frau eine Art wissenschaftlich-politischen Asien-Salon einführte, in den alle durch Peking kommenden Forscher und Gelehrten geladen wurden. Als Frucht dieser Informationsperiode veröffentlichte Lattimore eine Reihe weltbekannter Bücher über chinesisch-mongolische Probleme und erwarb sich den Ruf eines Experten für mongolische Angelegenheiten. 1930 und 1933 erhielt er kurz hintereinander britische und amerikanische Anerkennungen in Form von wissenschaftlichen Preismedaillen, etwas später wurde ihm die Schriftleitung der Zeitschrift des us-amerikanischen Instituts für Pacific Relations übertragen. Ein Ruf als Professor für mongolische Sprache und Geschichte an die John-Hopkins-Universität schloß diese aufsteigende Laufbahn vorläufig ab.

Die politische Laufbahn Lattimores begann mit der Übertragung des Schriftleiterpostens der „Pacific Affairs“. Seine publizistische Tätigkeit, die der Zeitschrift weitgehend ihren Stempel aufdrückte, ist den Lesern der Geopolitik nicht neu. Unter dem Gesichtspunkt der Ausdehnung eines unsichtbaren wirtschaftlichen Großreiches der USA. in Ostasien wurden die fernöstliche Lage, die Überschneidungen von Japan, China und der UdSSR. in der Mongolei, die Gewinnung japanischer Positionen in Mandschukuo und der Inneren Mongolei, die sowjetrussische Position in der Äußeren Mongolei, kurz alle politischen Schnittpunkte im nördlichen Pazifikraum, immer wieder beleuchtet und besprochen. Für eine künftige USA.-Meinungsbildung wurde so wertvolles Einflußmaterial bereitgestellt. Besonders der Frage der Nationalbewegungen innerhalb der chinesischen Grenzländer galt Lattimores Spezialinteresse. Besondere Untersuchungen, die in überaus sowjetfreundlichen Urteilen gipfelten, widmete er den chinesischen Kommunisten und ihren Beziehungen zur Kwomintang, wie er auch immer wieder die Entwicklung der Außenmongolei analog zur sowjetrussischen Propaganda als eine nationale, eigenständige, der Entwicklung der nachrevolutionären kemalistischen Türkei ähnliche darzustellen versuchte.

Nach der Darlegung des Lebenslaufes dieses Mannes nimmt es weiter nicht wunder, wenn man erfährt, daß er nach seiner Berufung zum Sondergesandten Roosevelts nach Chungking die glimmenden Feuer in Zentralasien und der Mongolei zu schüren begann. Die Lage in Fernost war vor etwas mehr als Jahresfrist nichts weniger als klar. Im Verhältnis der Besitzerstaaten des Pazifiks zu Japan traten schon sichtbare Risse auf, die aber noch von beiden Seiten durch diplomatische Konventionen für die Öffentlichkeit übertüncht wurden. Diese Mißverhältnisse fanden noch keinen tatsächlichen militärischen Ausdruck, nur auf und in den Randzonen des chinesisch-japanischen Kriegsschauplatzes stand man sich bereits ohne Maske und mit offenen Visieren gegenüber.

Die UdSSR. hatte sich in einem stillen, aber ständigen Landraub, der in Gestalt der Unterstützungspolitik und des Materialnachschubes für das Chiangkai-shek-China über die „Rote Straße“ durch Südsinkiang über den Umschlagplatz Lanchow-fu vor sich ging, weit in das nordwestchinesische Grenzland vorgeschoben. (Vgl. darüber die Karten über den Landraub im Süden von Prof. K. Haushofer in der Geopolitik 1939. Heft 3, S. 196, Heft 6, S. 448.) Zwischen diesem „Stützpunkt“ der Sowjets in Sinkiang und dem japanischen in der Inneren Mongolei lagen als Brücke nach Zentralchina die Provinzen Tsinghai, Ninghsia und Kansu, Hochburgen des Islams in China, von unabhängigen mohammedanischen Generälen beherrscht. Der japanische Einfluß endete im Ordos-Mongolen-Gebiet, das der Hoang-Ho mit einem großen Bogenknie umfaßt. Die Mongolen dieses Gebietes neigen in ihrer Haltung mehr zu Chungking oder zu engerer Fühlungnahme mit der Sowjetmongolei. Von dort stießen auch die Truppen der chinesischen 8. Armee in gelegentlichen Raids in das japanisch besetzte innermongolische Gebiet vor. Mit Chungking selbst aber waren

diese kommunistischen Chinesentruppen in keinem engeren Zusammenhange, sondern überworfen und nur zeitweilig im Kampfe gegen japanische Einheiten einig.

Angesichts dieser vielfältigen politischen Konstellation in den nordwestlichen und nördlichen Randzonen des chinesisch-japanischen Krieges mußte das Auftauchen eines amerikanischen Spezialisten für mongolische und zentralasiatische Minderheitenfragen in Chungking bedeuten, daß die USA. gewillt waren, den nicht möglichen militärischen Unterstützungs- und Entlastungseinsatz durch Anwendung der Finanzmittel der USA. zur Einigung der Splittergruppen mit Chungking und zur Bildung einer Front „Chungking-Mohammedanerprovinzen-Chinesische Kommunisten-Antijapanische Mongolengruppen-Sowjetmongolei“ wettzumachen.

Der Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges schuf wiederum eine neue Lage.

Es standen sich nun zwei neue Kräftegruppen in dem jahrzehntelangen Werben um die Gunst der Mongolen gegenüber. Auf der einen Seite stand Japan, seit 1922 an der mongolischen Politik aktiv beteiligt und in den neun Jahren des Bestandes von Mandschukuo zu einem ernststen Rivalen der Russen in der Mongolenpolitik geworden, und auf der anderen Seite die USA., auf die sich die mongolische Politik der Sowjets nunmehr zu verlagern schien. Die Sowjets selbst, das ergaben bereits die ersten Wochen des deutsch-sowjetischen Krieges, waren an ihrer europäischen Front vollkommen gebunden. Der aktive politische Einsatz Lattimores, der in seiner ganzen wissenschaftlich-publizistischen Arbeit immer wieder die historischen und politischen Bedingtheiten und Begründungen einer mongolischen Einigung von der Sowjetmongolei aus untersucht und dargestellt hatte, ließ hier nun eine diesbezügliche Tätigkeit und Aktivierung der Äußeren Mongolei erwarten. Eine überaus starke Einigungspropaganda von der Sowjetmongolei aus hätte aber eine Störung des Achsenpartners Japan durch Bindung größerer Truppenkontingente zur Sicherung des japanisch gelenkten Mongolengebietes bedeutet.

Die Septembertage 1941 sahen Lattimore an der Arbeit, um die chinesischen Kommunisten mit Chungking zu einen und den ersten Teil der direkten Verbindung zur neuen Front zu bauen. Vom 14. September 1941 an tagten in Lanchow-fu Lattimore selbst als Vertreter Chiangkaisheks, der Adjutant Chiangs, der General Chang chi-chung und General Feng Yu-hsiang mit den Vertretern der chinesischen Kommunisten Chou En-Lai und Yeh Chieh-ying. Die durch USA.- und Sowjetdruck herbeigeführten weitgehenden Konzessionen Chungkings an die chinesischen Kommunisten brachten eine teilweise Einigung zustande. Ein Teil der antijapanischen neuen Front schien geschaffen.

In die darauf angebahnten Verhandlungen Lattimores mit den unabhängigen Mohammedanergeneralen Ninghsias und Tsinghais brach störend der Kriegsbeginn zwischen den USA. und Japan herein. Das starke und ungehemmte rasche Vorgehen der japanischen Truppen im Pazifik, die ständige und weitgehende Schädigung und Dezimierung der us.-amerikanisch-britischen Flottenverbände machten die Anlieferung der Waffen, die notwendig waren, um die Mohammedaner für ein Eintreten oder eine Duldung der Verbindung Chungking-Sowjetmongolei zu gewinnen, unmöglich. Das Mißverhältnis zwischen den Versprechungen und Zusicherungen Lattimores und den schmerzenden Schlägen, die die USA. in Ostasien und im

Pazifik einstecken mußten, zerschlugen die hier schon gewonnenen Verhandlungsgrundlagen.

Die Einflußnahme auf das mongolisch-mandschurisch-japanische Grenzverhältnis litt durch den immer mehr zutage tretenden Wunsch der UdSSR., mit Japan und Mandschukuo in einem betont neutralen und friedlichen Verhältnisse zu bleiben. Auf japanischer Seite aber setzte mit dem Ausbruche des Krieges mit USA. und Großbritannien eine verstärkte Einbeziehung der Mongolen in die zu schaffende großasiatische Bewußtseinssphäre ein. Sinn und Aufgabe der ostasiatischen Neuordnung und des Krieges dafür wird den Mongolen unter Zuhilfenahme aller Mittel klargemacht. Das Zusammengehörigkeitsgefühl aller asiatischen Völker soll auch auf die Mongolen übergreifen und ihnen ihren Platz in der ostasiatischen Neuen Ordnung anweisen. Karten der Frontverläufe und der eroberten Gebiete erweitern den geographischen Horizont der Mongolen in dem japanisch beeinflussen Teil der Mongolei.

„Die Geschichte des bösen und schuldhaften amerikanischen Anlasses“ wird den Mongolen in Pamphleten über Geschichte und Verlauf des Krieges im Pazifik klargemacht. Die neu in Tokio erscheinende Bildzeitschrift „Front“ wird in einer eigenen mongolischen Ausgabe gedruckt. Interessant ist das überall zutage tretende Bemühen, den Binnenmenschen der Mongolei den neuen asiatischen Lebensraum des Ozeans nahezubringen, was in Karten, Geschichten, Bildern versucht wird. Bei allen Mitteln der japanischen Mongolenpropaganda tritt der Führungsanspruch Japans und das Übergewicht des japanischen Soldaten über die Feinde zutage. So bricht auch hier die sofortige und betonte Berichterstattung über die Vernichtung der us.-amerikanischen Macht, die Bekanntgabe der japanischen Waffensiege bis in die entlegensten mongolischen Siedlungen jeden weiteren amerikanisch inspirierten Störungsversuchen die Spitze ab.

Der Wunsch, im Osten Japan und seinen Einflußgebieten gegenüber Ruhe und Frieden beizubehalten, der zu den Grenzabkommen zwischen Mandschukuo und der Sowjetmongolei führte, die ständige Schwächung der sowjetrussischen militärischen Potenz in Sibirien und der Außenmongolei durch bereits ein volles Jahr andauernde Truppenabzüge nach dem deutsch-sowjetischen Kriegsschauplatz sind starke Hinderungsgründe für eine aktive Störung der japanischen Kontinentalpolitik von sowjetmongolischer Seite aus.

Man weiß das hier und weist bei gelegentlichen Anlässen auch darauf hin. Als im April 1942 der Chef der autonomen mongolischen Regierung der Inneren Mongolei (d. i. Meng-chiang), Fürst Teh-wang (Demcukdongrob), in Mandschukuo weilte, um der mandschurischen Regierung anlässlich des zehnjährigen Bestehens Mandschukuos seine Glückwünsche zu überbringen, brachte er die offizielle Haltung der Inneren Mongolei und die ihr von Japan zugewiesene Aufgabe klar zum Ausdruck. Teh betonte, daß die Verantwortung für die Verteidigung der Nordgrenze auf den Schultern Mandschukuos wie auch der Inneren Mongolei liege. Einem Eindringen der „Roten Teufel“ in das Land vorzubeugen, sei die gemeinsame größte Aufgabe. Aus diesem Grunde sei eine noch engere Verbindung zwischen der Inneren Mongolei und Mandschukuo, eine noch festere Zusammenarbeit beider Länder zur Schaffung einer antikommunistischen Front notwendig. Gegen die Weiterausdehnung einer Politik, wie sie von den Russen in Sinkiang, der Außen-

mongolei und den nordwestlichen Provinzen Chinas geführt worden sei, bilde Meng-chiang ein Bollwerk, das nach dem Norden zu von der Kwantungarmee weitergeführt würde. Konnte von innermongolischer Seite eine noch klarere Antwort auf eventuelle amerikanische Ausweitungspläne erteilt werden?

Die wenigen Nachrichten, die aus den außenmongolischen, unter Sowjeteinfluß stehenden Gebieten bekanntwerden, sind nicht dazu angetan, die Sehnsüchte der japanisch gelenkten Mongolen nach einer Eingliederung in die Sowjetsphäre zu fördern. Im Juli 1942 wurde aus der Sowjetmongolei bekannt, daß die Lebensmittelversorgung in Ulan-bator, der Hauptstadt der Sowjetmongolei, so erschwert sei, daß ein Markensystem mit einer Rationierung von 500 Gramm Getreide für den Kopf und Tag eingeführt worden ist. Die Getreideeinfuhr aus der UdSSR. ist vollkommen abgestoppt. Die Mongolische Volksrepublik als ein vorwiegendes Viehzuchtland war auf diese Getreideeinfuhr angewiesen. Die Wirtschaft der Außenmongolei, vorwiegend auf Pferde- und Schafzucht begründet, ist durch die jedes Leistungsvermögen des Landes übersteigenden Zwangseinziehungen von Pferden, Schafen und Rindern für die Rote Armee schwerstens erschüttert. Diese wirtschaftliche Erschütterung findet ihren klarsten Ausdruck in dem Budget der Außenmongolischen Volksrepublik. Wenn dieses 1941 noch 267 Millionen Tschrik betragen hatte, so fiel es für 1942 auf 178 Millionen. Diese Entwicklung beeinflusste die Bevölkerung alles andere als günstig.

So verdient die Tatsache, daß am 15. Juli 1942 im westlichen Dsalgankloster der Silin-gool Liga in der Inneren, japanisch gelenkten Mongolei (Meng-chiang) in der Person des dreizehnjährigen Knaben Samduncamasu die achte Wiedergeburt des noyen hutuktu, „große Freude verbreitend“, aufgefunden wurde, wesentlich größere Beachtung, als man ihr bei einer ruhigen Weltlage zubilligen würde. Der noyen hutuktu ist bekanntlich einer der vier hohen lamaistischen Kirchenfürsten und Inkarnationen Buddhas, die im Gebiet der Außenmongolei vor dem Fußfassen des Sowjeteinflusses lebten.

Als um 1930 die Sowjets in der Außenmongolei ihrer „Gottlosenpropaganda“ durch wirtschaftliche Beschränkung der Klöster, durch Verbote und Einschränkungen zu Erfolgen verhalfen, starb die „Siebente Inkarnation“ des noyen hutuktu in Ulan-bator im Alter von fünfzig Jahren. Die Sowjets verboten jede nochmalige Wiedergeburt des noyen hutuktu auf außenmongolischem Boden. Nunmehr ist, zwölf Jahre später, jenseits des Sowjeteinflusses die Wiedergeburt aufgefunden worden.

Angesichts all dieser Geschehnisse innerhalb eines Jahres scheint die Beurteilung der mongolischen Lage, die Owen Lattimore 1941 in seinem letzten Buche „Mongol Journey“ (Doubleday, Doran and Co., New York, Seite 258) abgab: „Es ist zwischen Japanern und Chinesen keine Streitfrage mehr, wer von ihnen die Mongolen beherrschen soll“, eine der vielen voreiligen amerikanischen Lagebeurteilungen gewesen zu sein.

Man wird die Absicht der USA., einen geschlossenen antijapanischen Bogen von Chungking bis Sibirien durch die Aktivierung der Nationalitätengruppen zu bilden, wohl als gescheitert betrachten können. Es wird wahrscheinlich auch in diesen Gebieten noch während des jetzigen Krieges zu Auseinandersetzungen kommen. Startzeichen und entscheidender Einsatz dürften aber nicht mehr bei den USA. und ihren Freunden und Verbündeten liegen.

* * *

Ölkampf im Vorderen Orient

Längst bevor das Erdöl eine Rolle in der Weltpolitik spielte, war der Vordere Orient der Zankapfel des zaristischen und des britischen Imperialismus und schon dadurch ein Brennpunkt des internationalen Interesses. Strebte Rußland nach Süden, zum Persischen Golf, um einen Ausgang zum Meer zu gewinnen, so betrachtete England das gleiche Gebiet — vor allem das heutige Iran und einstige Persien — als das strategische Vorfeld Indiens, dessen Kontrolle es sich unter allen Umständen sichern wollte. Seit Peter der Große im Jahre 1722 den Persern die Provinz Gilan entriß, ist dieser Kampf bis auf den heutigen Tag mit zäher Erbitterung, mit wechselseitigen Erfolgen und Mißerfolgen geführt worden. Persien, von beiden Seiten in ein Intrigenspiel ohnegleichen hineingezogen, erst von den Engländern zum Kampf gegen die Russen aufgestachelt und dann im Stich gelassen, später von den Russen zum Kampf gegen die Engländer mißbraucht, verfiel in völlige Ohnmacht und wurde schließlich 1907 auf Grund eines in Petersburg unterzeichneten Vertrages in eine englische und eine russische „Interessensphäre“ aufgeteilt. Zwischen den Interessengebieten war eine „neutrale“ Zone vorgesehen.

Die Ursache für diesen Kompromiß, für diese bedeutsame Schwenkung der britischen Orientpolitik war offenbar die Befürchtung Londons, daß Deutschland in Zusammenarbeit mit der Türkei durch den Bau der Bagdadbahn wachsenden Einfluß auf den Vorderen Orient gewinnen würde. Auf der anderen Seite war der russische Koloß nach der Niederlage im Kriege gegen Japan und infolge der Revolution von 1905 so geschwächt, daß er zunächst Ruhe brauchte. Ein nicht weniger großer Erfolg der britischen Politik bestand darin, daß nun ungestört an den Ausbau der britischen Erdölinteressen im Iran herangegangen werden konnte. Die Schurf- und Gewinnrechte, die dort William Knox d'Arcy für ganze 200 000 Franken erworben hatte, erstreckten sich auf ein Gebiet, das fünf Sechstel des Landes umfaßte. Nach jahrelangen Mißerfolgen wurde 1909 von der Burmah Oil Co. die Anglo Persian (die heutige Anglo Iranian) Oil Co. gegründet.

Inzwischen hatte der Explosionsmotor seinen Siegeszug angetreten, und im Jahre 1904 war die Umstellung der englischen Flotte von Kohle- auf Ölfeuerung durchgeführt worden. Brauchte ein Ozeandampfer zur Erzeugung von 1 PS in der Stunde 1,8 kg Kohle, so benötigte er nun beim Antrieb mit Dieselmotoren nur 127 g Öl! Und mußte einst auf der Fahrt Skandinavien—Ostasien etwa achtmal Kohle geladen werden, so konnte jetzt ein Motorschiff die ganze Strecke mit dem im Ausgangshafen aufgenommenen Brennstoff zurücklegen. Das war in wirtschaftlicher und strategischer Hinsicht eine ungeheure Umwälzung, die Lord Fisher durch den bekannten Ausspruch „Ölmacht bedeutet Weltmacht!“ kennzeichnete.

Als Churchill 1911 Erster Lord der Admiralität wurde, sah er dementsprechend eine seiner Hauptaufgaben in der Sicherung des Ölbedarfs der Flotte. Hatte man schon bei der Gründung der Anglo Persian vermutet, daß die englische Regierung ihre Hand im Spiele habe, so bestätigten sich die Vermutungen, als im Herbst 1913 eine Admiralitätskommission mit Sir Edmond J. W. Slade, der dem Verwaltungsrat der Anglo Persian angehörte, an der Spitze nach den iranischen Ölfeldern ent-

sandt wurde. Zu Beginn des Jahres 1914 wurde schließlich der Antrag Churchills auf Übernahme der Anglo Persian durch die Admiralität zum Preise von 2,2 Mill. £ mit 254 gegen 18 Stimmen vom Unterhaus angenommen. Nach der russischen Revolution aber besetzten die Engländer ganz Persien. Damit war nicht nur das Vorfeld Indiens, sondern zugleich auch eines der wichtigsten Erdölgebiete der Welt gewonnen, während Rußland, Deutschland und die Türkei durch den ersten Weltkrieg so geschwächt waren, daß von ihrer Seite eine politische oder auch nur wirtschaftliche Einmischung — vorläufig wenigstens — nicht in Frage kam.

Auf dem einst fast unbewohnten Sumpf- und Schwemmland im Schatt el Arab befindet sich heute eine riesige Raffinerie mit 10,5 Mill. t Jahresleistung. Zusammen mit dieser Anlage wuchs die Stadt Abadan empor, die über 50000 Einwohner zählt. Hier ist der Sitz der iranischen Verwaltung der Anglo Iranian Oil Co. (AIOC.). Nur Beauftragte der Gesellschaft oder ihre Gäste dürfen in Abadan oder in Bawarda, wo die Hochseetanker anlegen, an Land gehen. Die iranische Regierung darf sich nicht einmischen. Dem entspricht es, daß die AIOC. eigene Polizei und Feuerwehr, Schulen, Krankenhäuser, Bank- und Wechselstuben, ein Fernsprech- und Telegraphennetz sowie fünf drahtlose Sender unterhält und daß ihr Straßen in einer Länge von 1600 Meilen, Schlachthöfe, Kaufhäuser usw. gehören. Welche gewaltigen Summen in den einzelnen Jahren als Reingewinne von der AIOC. ausgewiesen wurden, ergibt sich aus der folgenden Tabelle:

Jahr	Mill. £	Jahr	Mill. £	Jahr	Mill. £	Jahr	Mill. £
1918/19	2,0	1924/25	2,0	1930	4,6	1935	3,5
1919/20	2,4	1925/26	4,3	1931	2,3	1936	6,6
1920/21	3,9	1926/27	4,6	1932	2,4	1937	7,4
1921/22	3,1	1927/28	3,1	1933	2,6	1938	6,1
1922/23	2,7	1928/29	2,8 *	1934	3,1	1939	3,0
1923/24	2,5	1929	5,2				

* Für 9 Monate infolge der Verschiebung des Geschäftsjahres.

Hatte sich also der Kampf um das Öl für England gelohnt, so waren die iranische Regierung und das iranische Volk die Leidtragenden; denn die AIOC. führte laut Konzessionsvertrag nur 16% des Reingewinnes ab. Daß der errechnete Reingewinn nicht zu groß ausfiel, dafür wurde gesorgt! Bis zum Jahre 1931 jedenfalls beliefen sich die Summen, die der Iran erhielt, auf noch nicht 7 Mill. £. Hinzu kommt, daß auch der inländische Erdölmarkt, auf dem immerhin ein jährlicher Umsatz an Erdölprodukten in Höhe von 500000—600000 t erzielt wurde, den Engländern ausgeliefert werden mußte.

Ein besonders einträgliches Geschäft war das Recht der AIOC., alle für den Betrieb notwendigen Produkte und Waren zollfrei ein- und auszuführen. Wie sich aus der folgenden Tabelle ergibt, war die Ausfuhr an Erdölprodukten etwa dreimal so hoch wie die gesamte übrige Ausfuhr des Iran. Der Verlust an Ausfuhrzöllen war also beträchtlich. Was aber mögen die Engländer unter dem Deckmantel „betriebsnotwendige Einfuhren“ alles hereingeschafft haben, wenn die zollfreie Einfuhr im Jahre 1938/39 die normale Einfuhr übertraf!

	1937/38	1938/39
	(in Mill. Rial)	
Zollfreie Ausfuhr der AIOC.	4877,2	1752,5
„ „ „ Fischereigesellschaften ...	15,3	11,5
Reguläre (verzollte) Ausfuhr.....	671,2	646,6
Insgesamt	2563,7	2410,6
Zollfreie Einfuhr der AIOC.....	424,9	748,1
Reguläre (verzollte) Einfuhr.....	970,0	716,5
Insgesamt	1394,9	1464,6

Da aber die Bäume nicht in den Himmel wachsen, blieben auch für England Hemmnisse und Rückschläge nicht aus. Sie betrafen jedoch zunächst nur die politische Zielsetzung. Wenige Monate nach der Besetzung des Landes durch englische Truppen setzte sich der persische Kosakenführer Reza Khan durch einen Staatsstreich in den Besitz der Macht. Gleichzeitig lebte die alte Rivalität zwischen England und Rußland wieder auf. Die Bolschewisten, die den zaristischen Imperialismus übernahmen, drangen nach Süden vor, bereiteten der jungen Freiheit der kaukasischen Völker ein blutiges Ende und ermutigten Reza Khan, gegen die Engländer vorzugehen. Kurz vor dem Staatsstreich war London gerade im Begriff, Persien einen seiner typischen Verträge aufzuzwingen. Darin sollte die „völlige Unabhängigkeit und Integrität“ Persiens anerkannt werden —, gleichzeitig aber war die Einsetzung britischer „Ratgeber“ in den Ministerien und für die Ausrüstung und Ausbildung des persischen Heeres, die Finanz- und Bankenkontrolle und die Erteilung einer Reihe von Konzessionen an die Briten vorgesehen! Diesen Vertrag lehnte jedoch das persische Parlament unter dem Eindruck eines mit der Sowjetunion abgeschlossenen „Freundschafts- und Bruderschaftsvertrages“ ab. Die englischen Truppen müssen das Land im Jahre 1921 räumen. Auch die Türkei und Afghanistan schütteln die britische Bevormundung wieder ab. Wenige Jahre nach ihrem Höhepunkt beginnt die Macht Großbritanniens im Vorderen Orient abzubrockeln. Es kann zwar seine wirtschaftlichen Positionen halten, teilweise sogar verstärken. Als aber 1931 die AIOC. die Unverfrorenheit hat, die „royalty“ für die iranische Regierung auf 300000 Pfund herabzusetzen, während sie gleichzeitig in London 800000 Pfund nur an Steuern zahlt, erhebt sich im Iran ein Sturm. Am 27. November 1932 erklärt die iranische Regierung das Abkommen mit der AIOC. für ungesetzlich und ungültig mit der Begründung, daß es seinerzeit nicht vom Parlament gebilligt worden sei. Zwar konnte die iranische Regierung nicht wagen, den Engländern den Stuhl vor die Tür zu setzen; denn schließlich gab es genügend britische Kriegsschiffe und Bombenflugzeuge, aber sie konnte es durchsetzen, daß der neue Vertrag ein anderes Gesicht erhielt. Das Konzessionsgebiet wurde auf ein Fünftel begrenzt und die royalty auf mindestens 750000 £ jährlich festgesetzt (darin einbezogen war die grundsätzliche Regelung von 4 sh pro Tonne verkauften Öls und 20% des über 671250 £ hinausgehenden Reingewinnes). Jede Tonne geförderten Rohöls bis zu 6 Mill. t Jahresförderung wurde mit einer Steuer von 9 d, jede darüber hinausgehende Tonne mit einer Steuer von 6 d belegt, doch mußte diese Steuer mindestens 225000 £ ergeben.

Als die AIOC. den Verpflichtungen des neuen Vertrages wieder nicht richtig nachkam, wurde im Sommer 1940 im iranischen Parlament mit der Enteignung des gesamten britischen Ölbesitzes gedroht, so daß die Gesellschaft sich entschließen mußte, die 1937 erreichten Höchstlerträge als Grundlage für die Zahlungen der Jahre 1938 bis 1941 anzuerkennen und die Pfundentwertung auszugleichen. Die Zahlung erfolgte zu Beginn des Jahres 1941 in zwei Teilbeträgen von 1,5 bzw. 4 Mill. Pfund, was einen Verzicht auf die üblicherweise an die Aktionäre gezahlte Zwischendividende erforderlich machte.

Der August des gleichen Jahres aber brachte den englisch-sowjetischen Überfall. Dabei bezogen sich die Sowjets interessanterweise auf den Freundschaftsvertrag mit dem Iran vom Jahre 1921, der ihnen das Durchmarschrecht zubilligte, falls sie von einer feindlichen Macht — gemeint war damals natürlich England! — angegrif-

fen werden sollten. Unter dem sowjethörigen „Ministerpräsidenten“ Suheily wird der Norden des Landes bolschewisiert, ausgeplündert und terrorisiert. Das Los des Südens ist nicht viel besser. Die Requirierungen der britischen Truppen führen zu einer Versorgungskatastrophe, die das ganze Land in Hungersnöte stürzt, nachdem es sich durch einen aufgezwungenen „Vertrag“ seinen Bedrückern völlig ausgeliefert hatte. Seitdem hat sich die Lage des iranischen Volkes von Monat zu Monat weiter verschlechtert.

Zum Abschluß der iranischen Ölfragen ist noch zu sagen, daß die AIOC. über die d'Arcy Exploration Co. Ltd., London, auch an der First Exploration Co. und an der North Iranian Oils Co. beteiligt ist, während die Soc. An. Kevir-Khurian, die sich zu je 33% in französischen, sowjetischen und iranischen Händen befindet, nur ganz geringe Bedeutung hat.

*

Leichteres Spiel als im Iran hatte England im Irak, dem zweitwichtigsten Ölgebiet des Vorderen Orients. Nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reichs 1918 gelang es, die Interessen Frankreichs nach Syrien abzulenken und mit dem jungen Staat ein „Bündnis“ „auf dem Boden völliger Freiheit, Gleichheit und Unabhängigkeit“ abzuschließen. Danach mußte der Irak u. a. England in allen auswärtigen Angelegenheiten konsultieren, englische Militärflugplätze dulden und bei der Berufung ausländischer „Berater“ britische Staatsangehörige bevorzugen. Eine Krise jagte die andere. Nachdem der national eingestellte König Ghasi 1939 durch einen geheimnisvollen Autounfall ums Leben gekommen und sein vierjähriger Sohn mit der Königswürde betraut worden war, nachdem 1940 der englandfeindliche Finanzminister Haider Pascha vom Secret Service ermordet und Englands langjähriges Werkzeug Nuri Pascha zum Ministerpräsidenten ernannt worden war, kam es am 3. April 1941 zum Staatsstreich der Nationalisten und zur Bildung des Kabinetts Raschid Ali el Gailani. Bei den bald darauf ausbrechenden offenen Feindseligkeiten gewann England die Oberhand. Aber seine Ölinteressen wurden durch Sprengungen an den Ölleitungen, durch die zeitweilige Schließung der durch Syrien nach Tripolis führenden Erdölleitung und durch die erfolgreichen Luftangriffe auf die Raffinerien in Haifa so stark in Mitleidenschaft gezogen, daß die Förderung von 4,5 Mill. t im Jahre 1938 auf 1,4 Mill. t im Jahre 1941 absank.

Das bedeutendste Erdölunternehmen ist die Iraq Petroleum Co. (Kapital 14,5 Mill. £), an dem die Engländer mit 47,5% (AIOC. und Royal Dutch Shell) und die Franzosen (Compagnie Française des Petroles) und Amerikaner (Standard Oil) mit je 23,75% beteiligt sind. Zu einer ganzen Reihe von Tochtergesellschaften gehören u. a. die Khanaquin Oil Co., die Basrah Petroleum Ltd., die Petroleum Concessions Ltd. und die Mosul Holdings Ltd.

Besonderes Interesse beansprucht die Entwicklung auf den im Iranischen Golf gelegenen Bahrein-Inseln, weil dort wie in Saudi-Arabien amerikanisches Kapital eingedrungen ist. Die Bahrein Petroleum Co. und die California Arabian Standard Oil Co. sind je zur Hälfte im Besitz der Standard Oil of Calif. und der Texas Corp.

Einen Überblick über die Gesamtproduktion des Vorderen Orients möge die folgende Tabelle geben:

	Förderung im Jahre 1938
Iran	10,4 Mill. t
Irak	4,5 „ „
Bahrein	1,2 „ „
Arabien	0,1 „ „
Insgesamt	16,2 Mill. t

Da der Eigenverbrauch der aufgeführten Länder mit etwa 3,7 Mill. t zu beziffern ist, verbleiben etwa 12,5 Mill. t für den Export. Im Jahre 1938 hätte diese Menge genügt, um drei Viertel des Bedarfs Kontinentaleuropas zu decken! Andererseits darf nicht übersehen werden, daß die USA. im Jahre 1938 164,3 Mill. t, die Sowjetunion 28,86 Mill. und Venezuela 28,07 Mill. produzierten, während der Iran mit seinen 10,4 Mill. t erst an vierter Stelle stand und die Weltproduktion sich auf 272,6 Mill. t belief. Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß die USA. und die Sowjetunion infolge des starken Eigenverbrauchs nur etwa 20 Mill. t exportierten und daß dem Weltmarkt insgesamt nur etwa 80 bis 90 Mill. t zur Verfügung standen. Entscheidend für die Bewertung der Erdölvorkommen des Vorderen Orients ist aber, daß die Ausbeute sich hier erst im Anfangsstadium befindet und zudem gedrosselt wird; denn Englands Erdölpolitik war stets darauf gerichtet, die Lager des Vorderen Orients in Reserve zu halten, vorwiegend das Empire zu versorgen und an andere Staaten nur relativ wenig zu verkaufen. Diese Drosselungspolitik kommt auch in der Bildung der „Development Companies“ zum Ausdruck, die überall, wo mit Erdölvorkommen gerechnet werden kann, Schürffkonzessionen erwarben, um die Festsetzung nichtbritischer Unternehmen zu verhindern, die Ausbeutung der Schürfrechte aber nicht in Angriff nahmen.

Man arbeitet in London also nicht nur für die Gegenwart. Außer im Iran und Irak wurden Schürffkonzessionen für Syrien, Palästina, Zypern, Transjordanien usw. erworben, ohne daß in naher Zukunft an eine Ausbeutung gedacht wird. Dem widerspricht es nicht, wenn die AIOC. in zahlreichen Ländern Vertriebsgesellschaften errichtete — in Deutschland z. B. die „Olex“ —; denn man rechnete für den Fall eines Krieges mit einer beträchtlichen Steigerung des britischen Verbrauchs, der nicht durch eine sofortige Steigerung der Produktion, sondern nur dadurch hätte befriedigt werden können, daß England und das Empire diejenigen Erdölmengen übernahmen, die im Frieden anderen Ländern zugeführt wurden. An die deutschen U-Boote dachte man dabei allerdings nicht!

Das im Augenblick interessanteste Moment der Erdölkämpfe ist der immer stärkere englisch-amerikanische Gegensatz. Er begann bereits 1923, als die USA. auf der Konferenz von Lausanne sehr energisch die Offene Tür im Orient verlangten und die schon erwähnte Beteiligung am Iraköl durchsetzten. 1931 folgte der Vorstoß der Standard Oil of California auf Bahrein, 1936 setzte sich die gleiche Gesellschaft in Ägypten fest. Seit Kriegsbeginn hat diese Entwicklung eine wahrhaft dramatische Zuspitzung erfahren. Mußten die Engländer 1940 zunächst Trinidad an die USA. „verpachten“ und damit die militärische Kontrolle über das reichste Ölgebiet des Empires (Jahresproduktion 2,7 Mill. t) aufgeben, so dehnten im gleichen Jahr die Amerikaner die Bahreinkonzession auf die ganzen Inseln aus und erwarben im Frühjahr 1942 von der Iraq Petroleum Co. die Konzession für Westarabien.

Die Orientpläne der USA. sind wahrscheinlich weniger auf Roosevelt selbst als auf seine mit diesem Gebiet weit besser vertrauten jüdischen Ratgeber zurückzu-

führen, die ihren in Palästina ansässigen Rassegossen den Verkauf amerikanischer Waren im ganzen Vorderen Orient bis zu den Grenzen Indiens sichern wollen, ein Projekt, das nach ihrer Ansicht die wirtschaftliche und politische Beherrschung dieses Raumes durch die USA. zur Voraussetzung hat. Der Vorbereitung dieses Programms dienten die Missionen Donovans und James Roosevelts, der in Palästina die Bereitwilligkeit der USA. „zum Schutze des Judentums auf dem uralten, geheiligten Boden“ verkündete. Unter dem Gesichtspunkt dieser Politik muß auch das auf Anraten Roosevelts erfolgte Vorgehen Englands gegen Syrien betrachtet werden; denn eine der ersten Verordnungen der britischen Militärverwaltung war die Öffnung der Grenzen Syriens für mehrere tausend Juden, die die systematische Durchdringung dieses Gebiets mit jüdischen Unternehmungen vorbereiten sollen. Im Irak wurde nach der Besetzung Bagdads durch die Engländer das gleiche Ziel dadurch erstrebt, daß den dort ansässigen zahlreichen Juden als „Entschädigung für die Nachteile während der Regierung Gailani“ hohe Summen aus irakischen Staatsmitteln überwiesen wurden. Schwere Schläge gegen die eigenen Pläne Londons stellt schließlich die Entsendung von zahlreichen amerikanischen Diplomaten, „Sachverständigen“ und „Beratern“ nach allen wichtigen Plätzen des Vorderen Orients und die Einbeziehung verschiedener Staaten in die Pachtleihgesetzgebung dar. Erfolgte dieses Vorschieben des amerikanischen Einflusses bisher hauptsächlich unter dem Vorwand der Hilfeleistung für England und die Sowjets, so hat kürzlich der USA.-Innenminister Ickes in seiner Eigenschaft als Ölkommisсар gewaltig ins Horn gestoßen und offen erklärt, daß die USA. sich ausländische Ölquellen sichern müßten, weil die eigenen in 14 Jahren erschöpft seien. In diesem Zusammenhang wies er ausdrücklich auf den Vorderen Orient und den Kaukasus hin und schloß seine Ausführungen mit den eindeutigen Worten: „Die wirtschaftliche Zukunft der Welt und alles, was diese bedeutet, hängt davon ab, wer ihre Ölreserven kontrolliert.“

Nach diesen Ausführungen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übriglassen, darf angenommen werden, daß es sich bei den seit Monaten immer wieder auftauchenden Berichten, die Engländer hätten die Admiralitätsaktien der AIOC. und ihre Beteiligung an der Iraq Petroleum Co. an die Amerikaner abtreten müssen, nicht um leere Gerüchte, sondern um eine Tatsache handelt, deren wirtschaftliche und politische Folgen noch gar nicht abzusehen sind. Die endgültige Bestätigung dieser Meldungen würde nichts anderes bedeuten, als daß die britische Ölmacht, nachdem sie ihre Positionen in Ostasien an die Japaner verloren hat und kaum anzunehmen ist, daß sie ihre Interessen in Mittel- und Südamerika den Yankees gegenüber behaupten kann, mit schnellen Schritten der Liquidierung entgegeneilt. Im Gegensatz zu den Vorgängen in den einzelnen Teilen des Empires, wo die entsprechende politische und wirtschaftliche Entwicklung noch im Gange ist, hätten also die USA. auf dem Ölgebiet das Erbe zum größten Teil schon angetreten.

„Die Amerikaner neigen zu der Auffassung, daß es mit Englands Stärke und Herrlichkeit vorbei ist“, schrieb kürzlich die englische Monatszeitschrift „World Digest“. Die Lage im Vorderen Orient scheint diese Auffassung zu bestätigen.

PAUL FREYE

Preußens erste Gesandtschaft in den fernöstlichen Raum

Aus den Akten des Frankfurter Archivs



Als Präsidialmacht der Staaten des Deutschen Zollvereins hielt Preußen 1843 die Zeit gekommen, um Handelsbeziehungen mit China anzuknüpfen und so dem deutschen Außenhandel neue Märkte zu schaffen, wovon es die Regierungen der einzelnen Mitglieder des Deutschen Zollvereins

informierte. Am 24. Mai 1843 richtete der Königlich Preussische Bundestagsgesandte Graf Dönhoff ein Schreiben an den Bürgermeister der freien Stadt Frankfurt am Main, worin auf die Möglichkeit hingewiesen wurde, daß „... aus dem Zollvereinsgebiete Artikel, in denen eine Konkurrenz mit England möglich ist, unter diesseitiger und hanseatischer Flagge zur weiteren Einfuhr nach China gebracht werden könnten.“

„Von diesen Rücksichten geleitet, hat die Preussische Regierung beschlossen, auf eigene Kosten zuvörderst einen sachkundigen, mit den industriellen und kommerziellen Verhältnissen des Zollvereins vertrauten Mann als Commissarius nach China zu senden, um

1. sichere Nachrichten über die Bedürfnisse der Chinesen einzuziehen, um denjenigen Kaufleuten, welche diese wünschen möchten, die richtigen Nachrichten zu Handelsunternehmungen nach jenem Lande zu ertheilen;

2. sich mit den dortigen Behörden in Mittheilung zu setzen und die Errichtung von Consulaten in den dortigen Häfen vorzubereiten;

3. sich über die dortigen Zoll-, Handels- und Schiffahrtsverhältnisse zu unterrichten und darüber zu berichten, ob dieserhalb nähere Unterhandlungen mit der chinesischen Regierung anzuknüpfen seien;

4. sich über die dortigen Retouren und deren Versendung nach Deutschland zu unterrichten und auch in dieser Hinsicht dem vereinsländischen Handelsstande förderlich zu sein;

5. auf der Hin- und Rückreise, so viel dies ohne Zeitverlust thunlich ist, über die Verhältnisse in den Handelsplätzen des britischen Indiens und des indischen Archipelagus sich zu unterrichten und über die Anstellung Preussischer Consuln in denselben sich zu äußern.

Demnächst wird zur Errichtung von Consulaten geschritten werden.“

Durch eine weitere Verbalnote des Preussischen Bundestagsgesandten vom 11. Juni 1843 teilt dieser mit: „... daß nunmehr der Königlich Preussische Commerzienrath Grube zum Commissarius ernannt worden ist... und etwa am 1. August von Düsseldorf aus zu seiner Bestimmung abgehen werde.“

Die Chinareise des Commerzienrats Grube fand 1843/44 statt. Sie führte zwar noch nicht zum Abschluß eines Handelsvertrages mit dem chinesischen Kaiserreich, gab aber wertvolle Anregungen für den immer lebhafter einsetzenden deutschen Außenhandel nach Ostasien und Südasien. Grube hatte an Ort und Stelle alle Vorbereitungen getroffen, um den Abschluß eines politischen Vertrages zu erleichtern.

Ein Jahrzehnt später, 1854, gelang es den Nordamerikanern, mit Japan einen Handelsvertrag abzuschließen. Eine Anzahl japanischer Häfen wurde dem internationalen Handel geöffnet. Dem amerikanischen Beispiel folgten Rußland, Großbritannien, Frankreich und Holland. Für das ostasiatische Inselreich trat damit eine gewaltige Wende ein. Mehr als zwei Jahrhunderte zuvor hatte es die immer anmaßender gewordenen europäischen Eindringlinge samt den christlichen Missionaren in einer allgemeinen blutigen Verfolgung aus dem Lande gejagt und sich

zwei Jahrhunderte hindurch hermetisch von der übrigen Welt abgeschlossen. Nur einigen holländischen Kaufleuten war es erlaubt, unter strengster japanischer Kontrolle eine kleine Handelsniederlassung auf der kleinen Halbinsel Desima beim Hafen von Nagasaki zu unterhalten. Nachdem aber China 1842 eine Reihe von Vertragshäfen dem internationalen Handel geöffnet hatte, mußte schließlich auch Japan dem immer stärker werdenden Drucke von amerikanischer und russischer Seite nachgeben.

Als Führerstaat des Deutschen Zollvereins ergriff Preußen 1859 zum zweitenmal die Initiative und teilte seine Pläne den einzelnen Staaten des Deutschen Zollvereins mit. An die freie Stadt Frankfurt am Main z. B. erging am 18. August 1859 folgendes Schreiben:

„Nachdem in den letzten Jahren von Seiten Englands, Frankreichs, Rußlands, der Niederlande und der Vereinigten Staaten von Nordamerika Handels- und Schiffahrtsverträge mit China, Japan und Siam abgeschlossen worden, hat auch die Königlich Preussische Regierung sich angelegen sein lassen, ihr Augenmerk auf die Herbeiführung gleicher vertragsmäßiger Beziehungen zu richten. Die Angelegenheit war vor den in Europa entstandenen politischen Verwicklungen einstweilen zurückgetreten. Mit Rücksicht auf die nunmehr stattgefundene Wendung der Verhältnisse indessen (Der italienische Feldzug Napoleons III. gegen Kaiser Franz Joseph I. war soeben durch den Vorfrieden von Villafranca beendet worden. Der Verf.) ist es gegenwärtig für angemessen erachtet worden, der Ausführung des Unternehmens ohne weiteren Verzug näher zu treten. Zu dem Ende hat die Königliche Regierung beschlossen, einen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, den Freiherrn von Richtenhofen (An seiner Stelle übernahm Graf Friedrich zu Eulenburg dann den Posten. Der Verf.) in Begleitung von drei Schiffen der Königlichen Marine nach den genannten Ländern zu entsenden. Die Schiffe werden in den ersten Tagen des bevorstehenden Monats Oktober in See gehen.“

„Indem die Königliche Regierung sich beeilt, den mit ihr zum Zollverein verbündeten Hohen Regierungen hiervon vorläufig Kenntnis zu geben, erlaubt sie sich Folgendes zu bemerken: „Der Hauptzweck dieser Mission ist dahin gerichtet, den Abschluß von Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsverträgen mit China, Japan und Siam, vielleicht auch mit Hawaii, herbeizuführen. Die Königliche Regierung ist bereit, diese Verträge zugleich im Namen ihrer Zollverbündeten abzuschließen und behält sich vor, über die noch in der Ausarbeitung befindlichen Vertragsentwürfe Mitteilung zu machen. Eine Verständigung darüber erscheint im Augenblick noch nicht dringend, da der Königliche Gesandte nicht mit dem Geschwader zugleich abgehen, sondern demselben über Egypten nachfolgen wird.“

„Unmittelbare kaufmännische Unternehmungen mit der Expedition zu verbinden, liegt nicht in der Absicht. Dagegen wird dieselbe vielleicht zur Vorbereitung künftiger Handelsverbindungen insofern nutzbar gemacht werden können, als sich Gelegenheit darbieten dürfte, deutsche Produkte, welche dereinst als Export-Artikel insbesondere nach den dem auswärtigen Handel bis vor Kurzem verschlossen gewesen Reichen von Japan und Siam (König Mongkut von Siam schloß 1855 den ersten Handelsvertrag mit England, dem andere Staaten folgten. Der Verf.) Bedeutung gewinnen könnten, dort bekannt zu machen. Die Königliche Regierung hat daher durch die in Abschrift anliegende Circular-Verfügung dem diesseitigen Handelsstande schon jetzt von der beabsichtigten Expedition Kenntnis gegeben und denselben aufgefordert, solche Gegenstände, welche zu dem angegebenen Zwecke geeignet sein möchten, ihr zur Verfügung zu stellen. Es wird ihr willkommen sein, wenn auch der Handelsstand in den anderen Zollvereinsstaaten in gleicher Weise Beiträge zu liefern beabsichtigen sollte.“

„Die für den Abgang des Geschwaders in Aussicht genomme Zeit und die räumlichen Einrichtungen der Schiffe würden aber es in jedem Falle zur unerläßlichen Bedingung machen, daß die betreffenden Handelstreibenden aus den anderen Zollvereinsstaaten in gleicher Weise, wie die Preussischen, sich den in dem anliegenden Circular für die Anmeldung und Einlieferung der Gegenstände bestimmten Terminen so wie der vorbehaltenen Entscheidung auf die von ihnen zu machenden Anerbietungen unterwerfen.“

„Die Königliche Regierung beabsichtigt, das Unternehmen auf eigene Kosten durchzuführen.“

Das von der Königlich Preussischen Marine gestellte Ostasiatische Geschwader unter dem Kommando des zum Commodore ernannten Kapitäns zur See Sundewall bestand aus der erst kurz zuvor auf der königlichen Werft in Danzig vom Stapel gelaufenen Dampferkorvette „Arkona“, der Segelfregatte „Thetis“, dem kleinen Schoner „Frauenlob“ und dem Hamburger Transportschiff „Elbe“. Die Schiffe verließen Ende 1859 und Anfang 1860 die deutschen Häfen und trafen nach einer Kreuzfahrt über Rio de Janeiro und Kapstadt im Juli/August 1860 in Singapore und im September in Yeddo ein.

Der Gesandte Graf zu Eulenburg und sein Stab waren auf dem Wege über Ägypten gereist und kamen am 2. August 1860 in Singapore an, wo sie sich an Bord des Flaggschiffes „Arkona“ und der Fregatte „Thetis“ begaben. Am 12. August verließen „Thetis“ und „Elbe“ und am 13. August „Arkona“ mit „Frauenlob“ die Reede von Singapore zur Fahrt nach Japan. Unterwegs mußte die unter Dampf fahrende „Arkona“ den kleinen Schoner „Frauenlob“ bei eintretender Windstille in Schlepptau nehmen. In der Nacht zum 2. September brach ein schwerer Sturm aus. Die Trosse riß. „Frauenlob“ kam außer Sicht und ist ohne Zweifel in dem furchtbaren Taifun untergegangen. Auch „Arkona“ hatte durch den Orkan erhebliche Beschädigungen in der Takelage und Verlust von Booten erlitten. Menschenleben waren nicht zu beklagen. Das gute Schiff hatte sich in dem schweren Taifun vortrefflich bewährt.

„Am 4. September 1860“, so erzählt der amtliche Bericht der Expedition, „war fast die ganze Schiffsgesellschaft an Bord der ‚Arkona‘ auf Deck. Der Fujijama erhob sich rosig beleuchtet aus einer weißen Wolkenschicht, während das tiefere Land noch in schattigem Dunkel lag. Unter leichten Schauern tauchte die Sonne glänzend aus dem Meere, und auf den Bergen stand ein prächtiger Regenbogen. Gegen Mittag erreichte die ‚Arkona‘ Kap Sangami am Eingang in den engeren Golf von Yeddo und lief um zwei Uhr an Uraga vorbei. Am Ufer lagen viele Batterien. Bombenfeste Räume und Reduits sah man nicht. Die Wachthäuser schienen aus leichtem Holz gezimmert. Nur ein Teil der Batterien war armiert. Aus den vielen Buchten ergoß sich eine Flotte von Fischerbooten in den Golf. Einige ließen sich langsam treiben, um die ‚Arkona‘ zu besehen, doch wurde kein Versuch gemacht, sie aufzuhalten. Um fünf Uhr lief das Schiff an Kanagaya vorbei, wo europäische Kauffahrer und einige japanische Kriegsschiffe vor Anker lagen. Von hier hatte die Bai nur geringe Tiefe, und da die vorhandenen Seekarten sehr unvollkommen sind, konnte man nur langsam unter beständigem Loten vorwärts schreiten. Um dreiviertel auf sieben warf die ‚Arkona‘ auf der Reede von Yeddo Anker. Es war schon dämmerig und von der noch fünf Seemeilen entfernten Stadt wenig zu sehen. Doch entzündete sich beim Eintritt der Dunkelheit am Ufer ein förmliches Lichtermeer. Eine Menge vor der Stadt ankernder Fischerdschunken stellten bei Fackellicht ihre Netze.“

Am nächsten Morgen kamen japanische Beamte an Bord, und die Verbindung mit den Behörden wurde hergestellt. Die in Yeddo residierenden Gesandten Frankreichs und der Vereinigten Staaten statteten dem deutschen Gesandten Besuche ab.

Die Abneigung des japanischen Volkes gegen alles Ausländische war auch sechs Jahre nach Öffnung der ersten Vertragshäfen noch so stark, daß die japanische Regierung sich von vornherein der Abschließung eines Handels- und Schifffahrtsvertrages mit Preußen und dem Deutschen Zollverein bei aller der Gesandtschaft erwiesenen Höflichkeit und Gastfreundschaft widersetzte. Wiederholt wurde in den sehr langwierigen Verhandlungen darauf hingewiesen, daß die japanische Regierung bei Abschluß eines weiteren Vertrages mit einer ausländischen Macht eine Volkserhebung befürchte. Diese Warnung war zum Teil eine diplomatische List, um den Abschluß zu erschweren; denn auch der Regierung war an Verbindungen mit ausländischen Staaten nichts gelegen. Aber ganz im Geiste der japanischen Gastfreundschaft gab die Regierung dem Gesuche des Grafen Eulenburg statt, ihm und seinem Stabe eine angemessene Wohnung an Land anzuweisen.

Die Landung war ein besonders feierliches Ereignis. Sänften und Reitpferde standen an der Landungsbrücke bereit. Am 8. September — nach einem heftigen Regen — bestieg man die in

Kreuzform angeordneten armierten Boote, die dem Land zuruderten, während die in Flaggen-schmuck prangende „Arkona“ auf den Salut der japanischen Batterien antwortete. Die Fahrt von fünf Seemeilen nahm bei dem schlechten Wetter und der starken Besatzung fast zwei Stunden in Anspruch. Die Seesoldaten und Matrosen wurden ausgeschifft und bildeten Spalier. Die Gig mit dem Gesandten legte zuletzt an. Graf Eulenburg bestieg, von mehreren japanischen Staatsbeamten begrüßt, mit seinen Begleitern die bereitgehaltenen Pferde. Der Zug setzte sich in Bewegung; voran die Musikkapelle des Geschwaders, die das Preußenlied spielte. Im Hofe des als Gesandtschaft zur Verfügung gestellten weitläufigen Gebäudes wurde unter militärischem Salut die preußische Flagge gehißt. In den Empfangszimmern wurden Backwerk, Früchte und Tee gereicht. Dann erschienen mit ansehnlichem Gefolge zwei Bunyos (hohe Beamte) des Auswärtigen Amtes, um den Grafen auch hier im Namen der japanischen Regierung willkommen zu heißen und — als Bevollmächtigte — mit den Unterhandlungen zu beginnen.

Graf Eulenburg lehnte den Versuch, direkte Verhandlungen mit den Ministern zu verhindern, höflich, aber entschieden ab. Über die Schwierigkeiten, die seine Mission bis zum Abschluß des Vertrages (24. Januar 1861) durch innerpolitische Zwistigkeiten und den wachsenden Fremdenhaß erfuhr, berichtet eingehend eine vertrauliche Denkschrift, die die Preußische Regierung im Mai 1861 den Regierungen der Staaten des Deutschen Zollvereins, darunter auch der freien Stadt Frankfurt am Main, zukommen ließ. Darin heißt es wörtlich:

„...Trotz dieser ersten ungünstigen Eindrücke nahm Graf Eulenburg nicht Anstand, mittels einer an die japanischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten unter dem 5. September v. J. gerichteten Note, den Zweck seiner Sendung anzukündigen. Wenn er darin als seinen Auftrag den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Japan und Norddeutschland bezeichnete, so wird an der letzteren Benennung nicht Anstoß zu nehmen sein. Es mußte durchaus unstatthaft erscheinen, sogleich bei dem ersten Auftreten jeden einzelnen der übrigen Zollvereinsstaaten, die Mecklenburgischen Großherzogtümer und die Hansestädte, als Mitkontrahenten speziell aufzuführen. Es empfahl sich vielmehr, durch den Ausdruck einer wenigstens nicht ganz zutreffenden geographischen Bezeichnung, Preußen mit Einschluß der Zollvereinsstaaten usw. als ein Ganzes erscheinen zu lassen, für welches der Vertrag abzuschließen sein würde.“ „Am folgenden Tage ging dem königlichen Gesandten eine Erwidernngsnote der japanischen Behörden zu, worin der Wunsch ausgedrückt wurde, daß er sich an Land begeben möchte. Am 8. September v. J. leistete Graf Eulenburg dieser Einladung Folge, bezog mit seiner Begleitung eine von den Landesbehörden ihm angewiesene Wohnung und trat in mündliche Verhandlungen mit Beamten ein, welche sich im Auftrage der japanischen Minister von Zeit zu Zeit bei ihm einfanden.“

„Ohne geradezu den Abschluß eines Vertrages an und für sich von der Hand zu weisen, stellte man doch japanischerseits in erster Linie als unerläßliche Bedingung auf, daß derselbe erst nach zehn bis fünfzehn Jahren werde in Kraft zu treten haben. Selbstverständlich ließ Graf Eulenburg sich hierauf nicht ein. Inzwischen war die Aufregung der Einwohner gegen die Fremden fortwährend im Steigen begriffen. Der verlängerte Aufenthalt der preußischen Mission mochte deshalb den japanischen Behörden vielleicht um so lästiger werden. Anfang Dezember v. J. (1860) schien plötzlich der Widerstand gegen den Vertragsabschluß überwunden zu sein. Nach stattgehabter Verhandlung mit dem Gesandten der Vereinigten Staaten wurden dem preußischen Gesandten japanischerseits vier Artikel mitgeteilt, auf deren Grundlage man bereit wäre, einen Vertrag mit Preußen — sonstiger Staaten geschah dabei keiner Erwähnung — abzuschließen. Diese Artikel bestimmten:

1. Preußen erhält das Recht, einen diplomatischen Agenten in Jeddo zu halten;
2. die Häfen von Kanagawa, Nagasaki und Hakodate werden preußischen Schiffen und Untertanen geöffnet;
3. Preußen wird auf gleichen Fuß mit den meistbegünstigten Nationen gestellt;
4. der Vertrag tritt mit dem Austausch der Ratifikationen in Kraft.

Diese Grundlagen glaubte Graf Eulenburg zunächst akzeptieren zu dürfen, im Verhoffen, daß es ihm gelingen werde, im Laufe der Verhandlungen die Mitbeteiligung der Zollvereinsstaaten usw. noch erwirken zu können. Die hierauf von seiten der Japaner ernannten Bevollmächtigten ersuchten im Verlaufe einer vorläufigen Besprechung den Grafen Eulenburg zu-

nächst um eine nähere Erklärung des Begriffes „Deutscher Zoll- und Handelsverein“. Nachdem der königliche Gesandte sich bemüht hatte, ihnen die obwaltenden geographischen Verhältnisse zu veranschaulichen, kamen die japanischen Bevollmächtigten am 22. Dezember v. J. auf den Gegenstand zurück und erbaten sich nähere Aufschlüsse über das Verhältnis Preußens zu den übrigen Zollvereinsstaaten, Mecklenburg und Hansestädten. Es läßt sich nicht verkennen, daß hiermit dem Königlichen Gesandten eine Aufgabe von eigentümlicher Schwierigkeit gestellt wurde.“ —

„In einer Besprechung vom 24. Dezember v. J. war dieselbe Frage aufs neue Gegenstand der Erörterung. Die japanischen Bevollmächtigten beriefen sich jetzt auf den ausdrücklichen Befehl des Taikun, um die Beteiligung anderer deutscher Staaten abermals zurückzuweisen. Der königliche Gesandte ließ sich hierdurch nicht abhalten, als Basis der Verhandlung den Entwurf eines Vertrages vorzulegen, in welchem die Zollvereinsstaaten usw. als Mitkontrahenten ausdrücklich aufgeführt waren.“

„Am 28. Dezember v. J. (1860) fand die erste förmliche Konferenz statt. In Betracht der verschiedenen Erklärung der japanischen Kommissarien, daß sie den Vertrag mit Preußen allein, ohne Beteiligung der übrigen Staaten, abzuschließen angewiesen wären, sah Graf Eulenburg sich genötigt, auf diese Beschränkung einzugehen. Der von ihm vorgelegte Entwurf erhielt eine hiernach umgeänderte Fassung.“ — — „In der zweiten Konferenz, zu welcher man am 30. Dezember v. J. zusammentrat, erhoben die japanischen Bevollmächtigten keine wesentlichen Einwendungen gegen den vorgelegten Entwurf. Ihr lebhaftes Bemühen ging jedoch dahin, den Termin des Austausches der Ratifikationen möglichst hinauszuschieben, während Graf Eulenburg es vorzog, denselben überhaupt unbestimmt zu lassen. Endlich verstand er sich dazu, daß der Austausch binnen 30 Monaten vom Tage der Zeichnung des Vertrages an stattfinden sollte.“

„Diese Festsetzung eines bestimmten Termins wurde jedoch nach weiterer Erwägung von dem königlichen Gesandten in der dritten Konferenz am 3. Januar d. J. (1861) zurückgezogen und dagegen beiderseitig vereinbart, daß der Vertrag sowie das dazugehörige Handelsregulativ am 1. Januar 1863 in Kraft treten sollen. Am 8. Januar d. J. (1861) wurden die eigentlichen Verhandlungen geschlossen. In Beantwortung der obengenannten Note des Grafen Eulenburg vom 29. Dezember v. J. richteten die japanischen Bevollmächtigten am 11. Januar d. J. eine Note an ihn, worin die Beteiligung der verschiedenen deutschen Staaten aufs neue abgelehnt wurde. Diese Ablehnung glaubte Graf Eulenburg als eine definitive betrachten zu müssen.“

„Es darf hierbei nicht unbeachtet bleiben, daß nach den Angaben der japanischen Kommissarien die Aufregung der Bevölkerung gegen die Fremden und gegen die Landesregierung selbst inzwischen in bedenklicher Weise zugenommen hatte. Am 1. Januar d. J. (1861) wurde dem Grafen Eulenburg durch die japanischen Bevollmächtigten eröffnet, die Regierung habe in Erfahrung gebracht, daß eine zahlreiche Bande entlassener Soldaten sich verschworen habe, Yokohama, den Sitz der fremden Kaufleute, in Asche zu legen und einen Angriff auf die in Yeddo residierenden Gesandtschaften zu unternehmen. Die Kommissarien gaben zwar vor, daß die Regierung alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen habe, die für den Augenblick erforderlich seien. Nach der persönlichen Auffassung des Grafen Eulenburg waren jedoch die Angaben über die vorhandene Gefahr hauptsächlich darauf berechnet, einen Druck auf die Verhandlungen auszuüben und den fremden Gesandten Konzessionen zu entreißen, zu denen sie sich bisher nicht verstanden hatten. Wie dem aber auch sein möge, so wird sich doch die Ermordung des Holländers Heusken, welche am 15. Januar d. J. erfolgte und ungeahndet blieb, als eine Untat betrachten lassen, welcher Motive politischer Rachsucht zugrunde lagen. Heusken war seit langen Jahren Dolmetscher des nordamerikanischen Gesandten in Yeddo und hatte als solcher auch dem Grafen Eulenburg bei seinen Verhandlungen die wesentlichsten Dienste geleistet.“ (Tatsächlich war die Warnung der japanischen Regierung an die Gesandtschaften durchaus berechtigt. Verursacht durch den Haß gegen die Fremden, kam es im Jahre darauf zum Attentat gegen den damaligen japanischen Außenminister und zur Tötung von zwei englischen Wachsoldaten und mehreren europäischen Kaufleuten. Die fremdenfeindliche Bewegung steigerte sich schließlich so, daß die fremdländischen Kriegsschiffskommandanten militärische Aktionen unternahmen, die sogar zu Landungen von Truppen, zur Beschießung japanischer Städte und zu Gefechten mit den Japanern führten. Es wurden dazu die vereinigten Geschwader von England, Nordamerika, Frankreich und Holland eingesetzt. Preußen hat sich an diesen militärischen Maßnahmen gegen Japan nicht beteiligt. Der Verf.)

„Auf das unablässige Betreiben des Grafen Eulenburg erfolgte endlich am 24. Januar d. J. (1861) die Unterzeichnung des Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen Preußen und Japan. Um dieselbe Zeit begaben die Gesandten Frankreichs, Englands und der Niederlande sich von Yeddo nach dem benachbarten Hafen von Yokohama unter den Schutz der dort stationierten Kriegsschiffe. Der Gesandte der Vereinigten Staaten blieb in Erwartung eines baldigen, günstigen Umschwungs der Dinge in Yeddo zurück. Graf Eulenburg verließ darauf Japan; er war, den letzten Nachrichten zufolge, Anfang März d. J. (1861) an der Mündung des nach Schanghai führenden Wusungflusses eingetroffen... 1).“

An den Maßnahmen der übrigen Vertragsmächte, die 1862 und 1863 mit Gewalt gegen Japan vorgingen, zu einer Zeit, als das Land unter inneren Kämpfen schwer litt, hat sich Preußen nicht beteiligt. Diese Tatsache trug in nicht geringem Maße dazu bei, die deutsch-japanische Freundschaft zu begründen. Bei der Einführung europäischer Kultur nahm Japan vor allem Deutschland zum Vorbilde. Deutsche Offiziere organisierten den Aufbau der japanischen Armee. Viele Japaner haben in Deutschland studiert. Heute ist Japan mit Deutschland und Italien durch ein Militärbündnis eng verbunden. Die Deutsch-Japanische Gesellschaft pflegt in wertvoller Arbeit die geistigen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Bei der Neuordnung des großasiatischen Raumes unter Japans Führung werden auch die altbewährten handelswirtschaftlichen Verbindungen Deutschlands zu den fernöstlichen Ländern zweifellos eine starke Wiederbelebung erfahren.

*

Anfang März 1861 kamen die beiden preußischen Kriegsschiffe „Arkona“ und „Thetis“ mit der Gesandtschaft an Bord von Japan aus auf dem Wusungfluß vor Schanghai an, wo der Gesandte und seine Begleitung gastliche Unterkunft fanden.

Mehrere Jahre dauernde kriegерische Operationen Frankreichs und Englands gegen China waren am 24. Oktober 1860 durch den Frieden von Peking beendet worden. China hatte sich nur der Gewalt gefügt. Der Haß gegen die Fremden, die Abneigung der kaiserlich-chinesischen Regierung gegen vertragliche Bindungen mit Europäern und Amerikanern war geblieben. So stieß auch hier die Preußische Gesandtschaft zunächst auf starke Ablehnung. Erst nach langwierigsten Verhandlungen kam in Tientsin am 2. September 1861 ein Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Preußen und den Staaten des Deutschen Zollvereins, darunter auch Frankfurt am Main, die Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck, die Großherzogtümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, einerseits und dem Kaiserreich China andererseits zum Abschluß. Der Gesandte wurde mit seinem Stabe in Peking in feierlicher Audienz empfangen.

Am 11. November erreichte die „Arkona“ nach einem Abschiedsbesuch in Nagasaki das englische Hongkong. Nach Besuchen in der südchinesischen Hauptstadt Kanton und im portugiesischen Macao fuhr die „Arkona“ durch das Südchinesische Meer zum Königreich Thailand (damals Siam), wo sie am 15. Dezember 1861 mit „Thetis“ und „Elbe“ zusammentraf, die nach Kreuzfahrten über die Philippinen und die Sunda-inseln schon eingelaufen waren. Das preußische Geschwader ankerte an der Mün-

1) Außer der hier zitierten Denkschrift der preußischen Regierung existiert noch ein „Bericht über die Handelsverhältnisse von Japan“ aus dem Jahre 1861 des Kaufmanns G. Jakob, der dem Stabe der Ostasien-Expedition angehörte. — Der 1864 von der Königlichen Geheimen Ober-Hofdruckerei zu Berlin in vier Bänden mit reichen Illustrationen herausgegebene amtliche Bericht über „Die Preußische Expedition nach Ostasien“ enthält eine interessante Schilderung des damaligen Japan und seiner Kultur.

dung des Menam-Stromes, an dem — vierzig Kilometer landeinwärts — die Hauptstadt Bangkok liegt.

Thailand war 1861 noch ein absolutes Doppelkönigreich, das von zwei Brüdern, den Königen Phra Maha Mongkut und Phra Pin Klau regiert wurde. Die königlich thailändischen Regierungsbehörden hatten den feierlichen Empfang der Gesandtschaft sorgfältig vorbereitet. Graf Eulenburg wurde mit seinem Stab sofort vom ersten König empfangen. Sein Besuch in dem schönen, alten Kulturlande gestaltete sich zu einer wahren Sympathiekundgebung der Thailänder für Preußen und Deutschland. Ein Staatsvertrag mit Preußen kam den Königen sehr gelegen, nachdem soeben der kaiserlich französische Gesandte scharfe Forderungen an die thailändische Regierung gestellt hatte, u. a. Abtretung des Thailand seit langem tributpflichtigen Königreiches Kambodscha an Französisch-Indochina. Die Freundschaft zwischen Thailand und Deutschland hat sich mehrfach bewährt und in nicht geringem Maße zur Stärkung der Selbständigkeit des Landes gegenüber dem von Frankreich und England ausgeübten Druck beigetragen.

Der Besuch der ersten deutschen Gesandtschaft in Thailand dauerte vom 22. November 1861 bis zum 24. Februar 1862. Das hinterindische Königreich lebte noch ganz in seinen alten Sitten und Gebräuchen; für die Deutschen war es eine zauberhafte Märchenwelt. In einer von achtzig Ruderern bewegten, geschnitzten und vergoldeten Prachtbarke wurde unter einem goldenen Königsschirm in goldener Schale das Handschreiben des Königs von Preußen an den ersten und zweiten König von Thailand feierlich abgeholt. Ebenso feierlich prunkvoll und zereemoniell waren die Empfänge zu Ehren der Preussischen Gesandtschaft.

Geradezu kompliziert gestaltete sich die Unterzeichnung des deutsch-thailändischen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages am 7. Februar 1862. Insgesamt zwölf Exemplare des Vertrages mußten für Thailand, Preußen und zehn Staaten des Deutschen Zollvereins ausgefertigt und von den fünf thailändischen Bevollmächtigten und dem Grafen Eulenburg unterschrieben und gesiegelt werden. Jedes Exemplar erhielt je dreimal Unterschrift und Siegel jedes Bevollmächtigten — für den Vertrag, für die Handelsbestimmungen und für den Tarif —, also im ganzen 216 Unterschriften und Siegel. Außerdem wurde das königliche Doppelsiegel (s. Schlußvignette) in einer Kapsel an der zum Heften benutzten Seidenschnur jedes Vertrags-exemplars angebracht. Die Titelseiten jedes Exemplars trugen die Wappensiegel des ersten und zweiten Königs von Thailand. Insgesamt trugen die zwölf Exemplare dieses ersten deutsch-thailändischen Vertrages also 252 Siegel.

Der Abschied von Thailand war überaus herzlich. Am 2. März 1862 traf das Flaggschiff „Arkona“ mit dem Gesandten und seinem Stab wieder in Singapore ein, wo „Thetis“ schon seit dem 17. Februar wartete. Von Singapore aus kehrten Graf Eulenburg und die Herren der Gesandtschaft auf dem Wege über Ägypten nach Deutschland zurück, während die preussischen Kriegsschiffe den Weg um Afrika nahmen. Außer dem Untergang des Schoners „Frauenlob“ hatte die Expedition auch durch Krankheiten viele Verluste.

Politisch war die Preussische Expedition nach Ostasien ein großer Erfolg. Sie legte den Grund zu den guten Beziehungen, die Deutschland seither, vor allem auch auf handelswirtschaftlichem Gebiete, mit Ostasien verbanden.



KARL HAUSHOFER

Iran-Geopolitik

Wenn angesichts der Riesenaufgaben bei der Neuordnung vieler aus den Fugen gegangener Teilräume der Erde nach dem Verhalten aller einseitigen Werbegeräusche wieder gediegene geopolitische Sachkenntnis voll zum Wort kommt, wird eine große Nachfrage die letzten Vorkriegsbücher dieser Art namentlich über solche Zerrungsgebiete suchen, die sich selbst nicht politisch-wissenschaftlich ausreichend verteidigen können. Unter ihnen ist Iran — trotz dem jüngst erneuten Pakt von Saadabad — als ganz besonders leidender Teil unter die Räder gekommen. Seine Geopolitik bringt in schlagender Form das letzte erschienene französische Werk von Raymond Furon „La Perse“, vor allem auf den geistreich geschriebenen drei Seiten seiner Vorrede¹⁾. Wir empfehlen sie unsern Lesern ganz besonders, trotzdem wir ihnen sagen müssen, daß der so lang in Teheran wissenschaftlich tätige Autor das deutschsprachige Schrifttum über Iran, z. B. Banse, Geiger, Grothe, Guttschmid, Hesse, Horn, Justi, Kuhn, v. Niedermayer, Nöldeke, Rosen, Sarre, Stahl, Waßmus, offenbar fremd ist, obwohl er — bei aller Gegnerschaft — von Niedermayer und Waßmus gelegentlich mit ehrlicher Bewunderung spricht.

Aus dem Vorwort aber ziehen wir an, weil es heute mehr gilt als je zuvor: „Iran, wie viele andere Länder, ist zur Zeit unstet, in voller Krise, im Begriff einer Evolution, deren Folgen niemand abzusehen vermag. Eine solche Evolution bedingt eine Vergangenheit, die der Gegenwart Richtung gibt. Nur vom Jetzt erzählen wollen heißt, sich einem unvollkommenen Begreifen können aussetzen.“ — (Wie sehr gilt das auch anderwärts — z. B. für USA.-Unbefangenheit.) „Die Geographie Irans bedingt eine demographisch, wirtschaftlich und politisch völlig eigenartige Lage. Seine natürlichen Reichtümer haben ihm nie gestattet, in der Weltwirtschaft eine Rolle zu spielen. Aber seine Lage halbwegs zwischen Indien und Mit-

telmeergebiet, zwischen den beiden reichen Stromlandschaften Mesopotamiens und des Industals haben es zum Durchgangsgebiet (zur Schwellenlandschaft, zur wehrgeopolitischen Drehscheibe) aller Eroberer gemacht. Als der Seeweg nach Indien entdeckt wurde, ist Iran eine strategische Zone (erster Ordnung) geworden. Seitdem wurde es zu allem Unglück auch noch ölfündig.“ „Die iranische Zivilisation bewegt sich seit fünftausend Jahren unter dem Einfluß von Invasionen.“

Dann folgt eine kurze Überschau dieses Lebenswegs zwischen den Einbrüchen der Turanier, Arier, Macedonier, Araber, Mongolen, Türken, Afghanen (denen sich Briten und Russen würdig anreihen —) und die Feststellung, daß rein persische Herrschergeschlechter nur 825 von mehr als 3000 Jahren Iran regierten. „Man sollte glauben, daß der Genius Irans unter diesen aufeinanderfolgenden Fremdherrschaften untergegangen und verschwunden sei. Aber es geschah nichts derart; und das eben ist die bemerkenswerte Erscheinung.“ Die Iranier ließen die Invasionen vorüberzogen, gegen die sie sich nicht zur Wehr setzen konnten. Die fremden Herren richteten ihre Herrschaft auf —, und spätestens fünfzig Jahre später hatten die Lokalgewalten eine gewisse Unabhängigkeit zurückgewonnen. Die fremden Könige wurden durch die Kultur Irans verführt, waren die ersten, die verschiedenen Wiedergeburten zu ermutigen, nur bereichert um einige exotische Elemente.“ Das ist eine Erscheinung, wie wir sie in dieser Ausdauer vielleicht nur noch in China kennen, was einen unserer Botschafter im Fernen Osten zu der scheinbar paradoxen Äußerung verführte, es gebe nur zwei Kulturvölker: Persien und China. „Diese Widerstandskraft, Plastizität und diese Undurchdringlichkeit der Iranier verdienen in der Tat höchste Aufmerksamkeit.“ „Kein Fremdvolk hat sie je sich angleichen können, und sie selbst haben nichts von Fremden angenommen, das ihnen zuflöß, was sie nicht wollten.“

„Iranier sind wir, Iranier wollen wir bleiben, in unserer Gedankenwelt, in unseren Vernunftabwägungen, in unseren Schlüssen vom Allgemeinen auf das Besondere; wir wünschen orientalisch zu denken und werden niemals einen Zwang, fremde Zügelung dieser Denkweise dulden.“ ... So hat der kluge langjährige

1) Raymond Furon: La Perse, Paris. Payot 1938, 239 S., 13 Lichtbilder, 10 Karten, darunter u. a. neben historischen die Skizzen der britisch-russischen Zonenaufteilung, der außenpolitischen Beziehungen, der Verkehrswege, der britisch-us.-amerikanischen Ölausbeutungszone. Fr. 45.—.

französische Beobachter die heute so schlecht von ihren sogenannten Freunden behandelten Iranier gesehen; und so werden sie diesen noch manche Rätsel zu raten geben, von denen

Furon ahnungsvoll einige schon 1938 vorausgenommen hat. Darum ist sein Buch ein so wertvoller Schlüssel, wir nicht außer acht lassen dürfen!

Rasse und Raum

Anknüpfend an die Sammelbesprechung in Heft 6, 1942, S. 304 der Z.f.G., werden wir unter „Rasse und Raum“ laufend über das Fortschreiten von Egon Frh. v. Eickstedts „Rassenkunde und Rassengeschichte der Menschheit“ (Stuttgart 1942, Ferdinand Enke, Liefg. 10 u. 11; 2. Aufl.) und verwandte Erscheinungen berichten, soweit uns ihre Kenntnis für die tiefer schürfende geopolitische Arbeit unerlässlich scheint, bei der Geopolitik und Ethnopolitik Hand in Hand gehen müssen. Gewiß macht das so gewonnene Wissen um die „Forschung am Menschen“ und ihre noch großen Unvollkommenheiten nicht — wie das viel verbreitetere Halbwissen — überheblich, sondern demütig. Es zeigt, wie notwendig Raumpolitik und Rassenpolitik zusammen gehen müssen, wenn sie auf festem Boden stehen wollen, auf dem „sich eine immer wieder andere und neue Form mit den Gegebenheiten der Lebenslage und des Lebensraums auseinanderzusetzen hat“ (S. 1114); denn „von der Bewältigung dieser Aufgabe hängt auch die Daseinsbewältigung der Art durchaus ab“. — Das lehren Geopolitik und Ethno-

politik in vollem Einklang! Dieser Einklang wird auf den Seiten 1118 (geogr. Verbreitung des Gesichtsindezes), 1177 und 1178 (erbliche landschaftl. Unterschiede, regional bedingte größer als berufliche), 1220 (Lehren aus der Abstammungs- und Formenkunde der Hand, „deren Bedeutung unser Wissen in keiner Weise entspricht“!), 1291 und 1297 (Anpassungsleistung der Haut) nur bestätigt. „Die Anpassungsfähigkeit der Haut an die Umwelt ist eine der entscheidendsten erblichen Eigenschaften einer Art oder Rasse; denn von ihr und ihrer erbegebenen Spannweite hängen der Aktionsradius im Raum... in weitgehendem Maße ab.“ „Klimagebundene“ Rassen werden nie Weltoberer sein können, ... klimapflichtige Rassen bedürfen künstlicher Ausgleichsleistungen, wo die erbliche Ausgleichsfähigkeit versagt.“ Dann folgt eine Erklärung der siniden Stoßkraft über Großasien „in friedlichem Sichern“, als Leistung der Rassenhaut, und eine vorbildlich geschaute Einschränkung der Nordeuropäerleistung in den Tropen. So enthält das ganze Werk Fundgruben auch geopolitischer Erkenntnis.

Neue geopolitische Karten und Atlanten

[Zusammengestellt und besprochen von Prof. Dr. E. Wunderlich
in Verbindung mit K. Mittelhäuser

Die Zusammenstellung, die an dieser Stelle von Zeit zu Zeit gegeben wird, verfolgt den Zweck, die Leser der „Geopolitik“ mit wichtigen kartographischen Neuerscheinungen — hauptsächlich selbständigen Karten und Atlanten, aber auch wichtigen Kartenbeilagen aus Büchern und Schriften — bekanntzumachen. Von eingehenden Besprechungen muß jedoch abgesehen werden; beabsichtigt ist nur, die allgemeine Bedeutung der betreffenden Veröffentlichungen zu charakterisieren und so möglichst rasch Benutzungsmöglichkeiten des Materials zu schaffen.

Die einzelnen Karten werden jeweils in der Reihenfolge: Weltkarten und Allgemeines, Gesamteuropa, West-, Süd- und Nordeuropa, Mitteleuropa und Deutsches Reich (einschl. Auslandsdeutschum und deutsche Einzelgebiete), fremde Erdteile und ihre Einzelgebiete, besprochen. Dabei werden jeweils die Gegenwartsdarstellungen von den historischen getrennt.

C. Opitz: Taschen-Weltatlas. Neu bearb. v. C. Starke. Ausgabe C. Leipzig 1940, Ruhl. 23 Kt. RM. 1,—.

Für die Einführung weitester Kreise bestimmter kleiner Taschenatlas mit 23 farbigen, meist doppelseitigen Kärtchen, die nicht nur Übersichten der Kontinente, sondern auch

der wichtigsten größeren Teilgebiete, vor allem politisch- und verkehrsgeographisch bieten.

C. Opitz: Pikkolo-Atlas. Neu bearb. v. C. Starke. Leipzig 1941, Ruhl. 23 Kt. RM. 0,60.

Auch dieser kleine Taschenatlas mit 22 farbigen Kärtchen sucht weitesten Kreisen einen gewissen politisch- und verkehrsgeographischen

Überblick über die wichtigsten Ländergebiete zu vermitteln.

C. Opitz: Die Welt. Bearb. v. C. Starke. 1: 30 Mill. Mit 37 Nebenk. Leipzig 1942, Ruhl. RM. 3,—.

Politisch- und verkehrsgeographische Übersicht der gesamten Erde in flächentreuer Projektion, mit Flächen- bzw. Grenzkolorit, und zahlreichen kleinen Nebenkärtchen von Länderausschnitten, die für das Zeitgeschehen wichtig sind. Büro-Hand- und -Wandkarte zur Einführung für weiteste Kreise.

Das Erdbild der Gegenwart (pol. Weltkarte m. Nationalflaggen, Flug- u. Schifffahrtslinien). 1: 30 Mill. Leipzig 1941, List & v. Bressendorf. RM. 1,90.

Politisch- und verkehrsgeographische Übersicht in O. Winkels Projektion, mit Hervorhebung der einzelnen Länder in kräftiger deutlicher Farbgebung und mit Darstellung der Hauptwege der Schifffahrt u. a. m. Büro-Wandkarte für weitere Kreise.

Karte der Weltmächte und Weltmeere. Hrsg. v. R. Schwarz. 1: 40 Mill. Berlin 1942, RM. 2,—.

Politisch- und verkehrsgeographische Übersicht der Erde, mit Flächen- und Grenzkolorit, in Merkatorprojektion mit entsprechender Verzerrung. Im Mittelpunkt der Darstellung der Pazifik. Vor allem Büro-Wand- und -Handkarte, gegebenenfalls auch für Eintragungen verwendbar.

Jantzen, W.: Geopolitik im Kartenbild. Seegeltung. Heidelberg 1942, K. Vowinkel. RM. 1,—.

Sammlung von etwa 25 Schwarzweiß-Kärtchen in Atlasform, die die Bedeutung der Meere als „Lebensraum“ und vor allem in ihrer politischen Wichtigkeit erläutern sollen. Beginnend mit der Seeschifffahrt Europas zur Wikingerzeit wird dann die Bedeutung des Kolonisationszeitalters, in erster Linie für Deutschland, geschichtlich gewürdigt. Der Hauptteil der Karte ist jedoch der Darstellung der modernen politischen Bedeutung der Meere einschl. namentlich des europäischen Mittelmeers, vor allem unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung der bisherigen Großmächte, gewidmet.

C. Opitz: Europa, Staatenkarte. 1: 8 Mill. Leipzig 1942, Ruhl. RM. 2,—.

Politisch-geographische Übersicht von Europa unter Einschluß des Mittelmeergebietes, mit

Flächenkolorit sowie farbiger Hervorhebung der wichtigeren Städte und der Hauptverkehrslinien. Zur Einführung weitester Kreise.

Der europäische Kontinent im Entscheidungskampf gegen England und Sowjetrußland. 1: 7,5 Mill. Leipzig 1941, List & v. Bressendorf. RM. 1,50.

Politisch-geographische Übersicht Europas und der anschließenden Teile von Nordafrika und Vorderasien, mit farbiger Hervorhebung der einzelnen Länder, ferner mit Angabe der wichtigeren Stein-, Braunkohlen-, Eisenerz- und Erdölgebiete, der Flotten- und Flugstützpunkte, jeweils durch besondere Signaluren. Für eine Neuauflage wäre jedoch die Nachtragung fehlender wichtiger Einzelheiten z. B. der großen Kaukasusstraßen, ferner mancher Stützpunkte in Nordafrika u. a. m., erwünscht. Büro-Wandkarte für weitere Kreise.

Atlas des deutschen Lebensraumes in Mitteleuropa. Hrsg. v. N. Krebs. Lieferg. 4. Leipzig 1942, Bibliographisches Institut.

Die neue Lieferung dieser wichtigen Standard-Veröffentlichung enthält teils neue Darstellungen zur agrargeographischen Charakteristik und Bewertung Mitteleuropas, teils eine besonders interessante Wiedergabe des Eisenbahnverkehrs auf Grund des Personenverkehrs vom Sommer 1939, mit einer kleinen ergänzenden Skizze über die Eisenbahndichte in Mitteleuropa. Den einzelnen Karten sind eingehendere textliche Erläuterungen und Literaturnachweise beigegeben. Zu bedauern ist im Hinblick auf die augenblickliche politische Entwicklung, daß der Atlas grundsätzlich auf Mitteleuropa beschränkt worden ist.

Kleine Verkehrskarte des Großdeutschen Reiches. Hrsg. v. R. Schwarz. 1: 2 Mill. (Ausg. A: Politische Gliederung). Berlin 1942, R. Schwarz. RM. 1,20.

Politisch-geographische Ausgabe, mit Flächen- und Grenzkolorit für die einzelnen Gebiete. Vor allem Büro-Handkarte für weitere Kreise.

Karte der Landesbauernschaften einschl. der Namen der Kreisbauernschaften. Hrsg. v. R. Schwarz. 1: 1,5 Mill. Berlin 1941, R. Schwarz. RM. 3,50.

Übersichtliche Darstellung der verschiedenen Landesbauernschaften, mit Flächen- und Grenzkolorit sowie besonderer farbiger Hervorhebung der Sitze der Landes- und Kreisbauernschaften, in ansprechender Gesamtauführung.

Mitteldeutscher Heimatatlas. Hrsg. v. d. Landesgeschichtlichen Forschungsstelle für die Provinz Sachsen und für Anhalt. Leipzig 1940, Ruhl. RM. 22,—.

Weitere Blätter des im Erscheinen begriffenen wichtigen Atlaswerkes. Die vorliegenden Karten enthalten vor allem Beiträge zur historischen Entwicklung des behandelten Raumes, so das Territorialbild von 1485, die Verbreitung gewisser Flurnamen, weiter eine Übersicht der Verbreitung der mittelalterlichen Burgen, aber auch ein Bild des heutigen Verkehrsnetzes. Ein großer Teil dieser Darstellungen greift über das engere mitteldeutsche Gebiet auch auf die Nachbarräume über.

A. Klaar: Siedlungsformenkarte der Reichsgaue Wien, Kärnten, Niederdonau, Oberdonau, Salzburg, Steiermark und Tirol und Vorarlberg. Hrsg. v. d. Berglandabt. d. Reichsministeriums f. Ernährung u. Landwirtschaft in Berlin. Wien 1942, Verlag d. Staatsdruckerei. RM. 26,—.

Wichtige neue Darstellung der Siedlungsformen der südöstlichen Reichsgaue einschl. der angrenzenden Gebiete von Südböhmen und Mähren sowie des Burgenlandes. Die Kartenblätter bieten nicht weniger als die erste exakte Bestandaufnahme der bäuerlichen Wohn- und Siedlungsformen in den genannten Gebieten, jeweils mittels besonderer farbiger und anderer Signaturen, und zwar jedesmal grundsätzlich in ihrer räumlichen Verknüpfung mit den Wirtschaftsformen.

Böhmen - Mähren. Cechy - Morava. 1:500 000. Prag 1942, E. Fastr. RM. 1,20.

Hauptsächlich politisch- und verkehrsgeographische Übersicht mit Grenzkolorit sowie farbiger Hervorhebung des Flußnetzes, der verschiedenen Verkehrslinien usw. Vor allem Büro-Hand- und -Wandkarte für weitere Kreise.

Karte von Ungarn. Csönka-Magyarország. Attekintőterkepe. 1:750 000. Über: Berlin 1942, Reimer. RM. 3,—.

Neueste Darstellung der ungarischen Grenzen nach dem Stande vom 1. Januar 1942. Die übrige Darstellung entspricht der üblichen Ausführung der Karte 1:750 000, mit besonderer farbiger Hervorhebung des Straßennetzes.

Der deutsche Ostraum. Hrsg. v. R. Schwarz. 1:1 Mill. Berlin 1941, R. Schwarz. RM. 2,50.

Politisch- und verkehrsgeographische Übersicht der beiden Reichsgaue Wartheland und Danzig-Westpreußen sowie des Generalgouvernements einschl. der jeweils angrenzenden Gebiete und der Slowakei, mit farbiger Hervorhebung der verschiedenen Grenzen und der Hauptverkehrswege. Vornehmlich Büro-Wand- und -Handkarte, gegebenenfalls auch für Einzeichnungen verwendbar.

Krüger/Stöcke: Die Gesteinsvorkommen des russischen Raumes. 2 Karten und Text (techn.-wirtsch. Schriften f. d. Industrie der Steine u. Erden, Folge 2). Berlin 1942, R. Schirmer.

Kleine Schwarzweiß-Übersicht der nutzbaren Gesteine Osteuropas, mit Angabe des Vorkommens der Erstarrungsgesteine, Kalksteine, Quarzite und Sandsteine sowie Geschiebe, zur ersten Übersicht. Ergänzende Kartchen bieten — außer einer geologischen Gesamtübersicht — noch spezielle Darstellungen der „Schwarzlößböden“ Südrusslands und der Granitsteinbrüche der Ukraine.

Ostrußland. 1:2 Mill. Wien 1942, Freytag & Berndt. RM. 1,50.

Für den Gebrauch weiterer Kreise willkommen! Übersicht der Gebiete von Wologda-Molotow (Perm) bis zum Kaukasus im Süden, mit farbiger Hervorhebung der Flüsse und Grenzen sowie Angabe zahlreicher Ortsnamen. Für den praktischen Gebrauch wäre noch die Beigabe eines Namensverzeichnisses sehr erwünscht.

Osteuropa, Kleinasien, Arabien. Bearb. v. E. Kremling. 1:5 Mill. München 1941. Iro-Verlag. RM. 1,—.

Politisch- und verkehrsgeographische Übersicht des Ostens von Europa einschl. der angrenzenden Teile von Sibirien, südwärts bis zum Persischen Golf. Mit leichter Andeutung des Geländes, ferner politischem Flächenkolorit und farbiger Heraushebung der wichtigen Verkehrslinien. Für den Gebrauch weitester Kreise.

Vorderasien bis Britisch-Indien. 1:5 Mill. Wien 1942, Freytag & Berndt. RM. 1,50.

Politisch-geographische Übersicht von der Balkanhalbinsel bzw. von Turan bis zum Südausgang des Roten Meeres, mit politischem Grenzkolorit und Angabe der wichtigsten Verkehrslinien sowie farbigem Flußnetz. Vor allem Büro-Wand- und -Handkarte, gegebenenfalls auch für Eintragungen benutzbar.

Indien und Ostasien. 1:10 Mill. (3 Nebenk.). Leipzig 1941, List & v. Bressensdorf. RM. 1,60.

Politisch-geographische Übersicht über das Gebiet vom Kaspischen Meer und Sachalin

südwärts bis Neu-Guinea, mit politischem Grenz- und Flächenkolorit. Dazu eine Nebenkarte mit einer Gesamtübersicht der indischen und pazifischen Gebiete. Zur Einführung weiterer Kreise.

Ostasien. 1:6 Mill. Wien 1942, Freytag & Berndt. RM. 1,50.

Politisch-geographische Übersicht des Raumes vom Baikalsee bis zur Chinesischen Südsee, mit einigen kleinen, ebenfalls farbigen Nebenkärtchen für wichtige Teilausschnitte. Mit politischem Flächenkolorit und Angabe der wichtigsten Verkehrslinien sowie farbiger Hervorhebung des Fluß- und Gewässernetzes. Vor allem Büro-Wand- und -Handkarte, gegebenenfalls auch für Eintragungen.

Ostasien, Amerika, Großer Ozean. 1:35 Mill. Leipzig 1942, Gaebler. RM. 1,80.

Politisch-geographische Übersicht des Großen Ozeans und seiner Randgebiete, in Merkatorprojektion, mit politischem Grenzkolorit. Für den Gebrauch weitester Kreise.

W. Jantzen: Geopolitik im Kartenbild. Vereinigte Staaten von Amerika. 1. Teil: Staat — Bevölkerung — Wirtschaft. 2. Teil: Imperialismus. Heidelberg 1942, Vowinkel. Je RM. 1,—.

Zwei kleine Atlashefte, von denen das erste zunächst die Entwicklung der Vereinigten Staaten und ihre bevölkerungs- und wirtschaftsgeographischen Grundlagen zeigt. Hier ist namentlich die Darstellung der Verbreitung

des Deutschtums, des Judentums und der Negerbevölkerung von besonderem Interesse; etwas dürftig ist die Darstellung der wirtschaftsgeographischen Grundlagen ausgefallen. Das zweite Heft bringt vor allem die moderne imperialistische Entwicklung der Vereinigten Staaten seit der Jahrhundertwende, namentlich im Pazifischen und Atlantischen Raum zur Wiedergabe. Insgesamt vorzugsweise zur Einführung und Schulung weiterer Kreise bestimmt.

Stiller Ozean. 1:10 Mill. (2 Bl.) Gotha 1942, Perthes. RM. 7,—.

Willkommene Übersicht des Großen Ozeans und seiner Randgebiete in Lamberts flächentreuer Azimutalprojektion. Mit sorgfältiger Geländedarstellung einschl. der Tiefenverhältnisse der Meere, ferner mit farbiger Hervorhebung der Grenzen und Angabe der Hauptverkehrswege, jedoch ohne die Schifffahrtslinien. Die beiden Blätter geben ein ansprechendes, eindrucksvolles Gesamtbild. Für eine Neuauflage wäre jedoch in diesem Zusammenhang noch eine Erweiterung der Darstellung von Südamerika erwünscht.

Der Pazifische Raum. 1:30 Mill. Leipzig 1942, List & v. Bressensdorf. RM. 1,50.

Politisch-geographische Übersicht des Großen Ozeans und seiner Randgebiete, in Merkatorprojektion mit entsprechender Verzerrung, mit politischem Flächenkolorit sowie Angabe der wichtigsten Verkehrslinien. Hauptsächlich Büro-Wand- und -Handkarte für weitere Kreise.

UNSERE MITARBEITER

Paul Freye, vgl. ZfG. 1942, S. 110. Brönnestraße 24/I, Frankfurt/Main.

Walther Heilig, 29j., Dr. phil. Schrieb „Das gelbe Vorfeld“, gab Mongolisches Wörterbuch heraus. Seit Mai 1941 Aufenthalt in der inneren Mongolei. Higashi Jun Jiro 201, Hsinking.

Wolfgang Schmahl, 26j., studierte in Berlin Völkerrecht, Außenpolitik und -wirtschaft, Japanisch, Chinesisch. Dissertation über „Die deutsch-chinesischen

Beziehungen zwischen 1860 und 1921“. Z. Zt. beim OKW. Ansbacher Straße 51, Berlin W 50.

E. Wunderlich, Prof. Dr., Geographisches Institut der Technischen Hochschule Hannover (das jederzeit gern nähere Auskunft über Karten und Atlanten gibt).

A. Hillen Ziegfeld, Kronenstraße 56, Berlin W 8. Karte: Japan—Korea—Mandschurei S. 49.

Hauptschriftleitung: Wolfgang Schwarz, Berlin W 15, Meinekestraße 18 (91 91 71)
Heidelberg Schriftleitung: Kurt Vowinkel, Heidelberg, Wolfsbrunnengasse 36 (37 42)

Kurt Vowinkel Verlag, Heidelberg-Berlin. — Druck: Spamer A.-G., Druckerei, Leipzig O 5. — Alleinige Anzeigenannahme: Vogel, Brunner & Co., Anzeigenverwaltung, Berlin C 2, Dirksenstraße 2; Fernruf: Sa.-Nr. 51 22 87. Postscheckkonto: Berlin Nr. 216 660. Verantwortlicher Anzeigenleiter: Leopold Brunner, Falkensee bei Spandau. — Zur Zeit P.L. 4 gültig.

Volkstumspolitisches Schrifttum

WALTER M. POGGE

INSEL IM OSTWIND

Eine Erzählung. Titelzeichnung: Olaf Gulbransson. 120 Seiten. Pappband RM 2.80

Diese Erzählung berichtet von einem, der sich außerhalb des Kreises einer festgefügtten Gemeinschaft stellte und nicht deren Schicksalsverbundenheit, sondern nur sein Einzelschicksal sehen wollte. So verließ er die Gemeinschaft. Aber er kehrte wortlos in sie zurück, als das Leben von ihnen allen das Höchste an Einsatz forderte. Eine kleine Insel im Rigaer Meerbusen, von schwedischen Bauern bewohnt, ist Schauplatz der Handlung, die in das Geschehen unserer Tage im Osten eingesponnen ist.

HJALMAR FRIES

SCHÖNES SCHWERES LEBEN

Ein Roman. Aus dem Norwegischen übersetzt vom Verfasser. Titelzeichnung: Olaf Gulbransson. 260 Seiten. Gebunden RM 5.80

Dieser Roman, der bereits 1935 in Oslo in norwegischer Sprache erschien, ist ein dichterisches und menschliches Zeugnis. Der Gutsherr Per – so lautet auch der Titel der norwegischen Ausgabe – erfährt an sich, daß nicht der Händlergeist Wesen und Bestand im Leben sichert, sondern nur die aufbauende Tat. Er, der im Weltkrieg Millionen an dem Tonnageinsatz des „neutralen“ Norwegen verdiente, findet zurück zu einem bauerlichen Wiederbeginn auf dem ihm verbliebenen Rest seines Gutes.

Lieferung nur durch den Buchhandel

VERLAG GRENZE UND AUSLAND G. M. B. H., BERLIN W 30

DEMNÄCHST ERSCHEINT:

Die deutsche Kunst des Baltenslandes im Lichte neuer Forschung

Bericht über das gesamte Schrifttum seit dem Weltkrieg (1919–1939)
erstattet von **Niels von Holst**

160 Seiten mit 10 Kunstdrucktafeln. Broschiert RM 5.80

Als wichtige Ergänzung zu dem von H. P. Kügler verfaßten und vom Deutschen Verein für Kunstwissenschaft veröffentlichten Schrifttumsverzeichnis zur deutsch-baltischen Kunst legt Niels von Holst einen Bericht vor, der das neuere Schrifttum nicht nur titelmäßig verzeichnet, sondern auch ausführlich dem Inhalt nach bespricht. In zahlreichen Fällen erfolgt eine eigene Stellungnahme des Berichterstatters. Die große Bedeutung der vorliegenden Arbeit liegt vor allem auch darin, daß zahlreiche Aufsätze und Schriften, die durch die Sprache oder den Ort ihres Erscheinens schwer zugänglich sind, eingehend referiert und dadurch der mitteleuropäischen Fachwelt erschlossen werden.

Der Bericht stellt somit ein notwendiges Hilfsmittel für die künftige wissenschaftliche Erforschung der baltendeutschen Kunstdenkmäler dar.

ERNST REINHARDT VERLAG IN MÜNCHEN

Die Sprachlehrbücher der
METHODE
GASPEY-OTTO-SAUER

sind glänzend bewährt
 für Privat- und Selbst-
 unterricht

Es sind erschienen:

Arabisch, Bulgarisch, Chinesisch,
 Dänisch, Deutsch, Duale, Englisch,
 Ewhe, Französisch, Haussa, Italie-
 nisch, Japanisch, Koreanisch, La-
 teinisch, Litauisch, Marokkanisch,
 Neugriechisch, Niederländisch, Nor-
 wegisch, Polnisch, Portugiesisch,
 Rumänisch, Russisch, Schwedisch,
 Serbisch, Spanisch, Swaheli, Tsch-
 chisch, Ungarisch.

Dazu erschienen Schlüssel und teil-
 weise Lese- und Übungs- sowie Ge-
 sprächsbücher.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung. Man ver-
 lange ausführliche Kataloge, auch über die Aus-
 gaben in fremden Sprachen.

JULIUS GROOS, VERLAG
HEIDELBERG

Reinhardt'sche Buchhaltung

Im Norm-Format für Hand u. Maschine

Die Einrichtung erfolgt durch
 erfahrene Organisatoren nach
 den neuen Kontenplänen

HEINRICH REINHARDT
 BUCHDRUCKEREI UND VERLAG
 FRANKFURT AM MAIN
 Taunusstraße 19 • Fernruf 330 30
 Spezialdruck: Buchungs-Formulare

Wieder sofort lieferbar Buchreihe 46
4 spannende Romane:

Elisabeth, Zarin von Rußland. Die
 Henker von Paris, Edith Kirkland. Die
 galanten Abenteuer d. Joh. Konr.
 Friedrich, (illustr.) zus. rd. 2125 Seit.
 einschl. Porto- u. Versandspesen nur
 RM 14.50 geg. Vorauszahl. a. Post-
 scheckk. 141 90 Stgt. od. Nachnahme
 (35 Rpf. mehr). Versandbuchhandlg.
 Karl P. Geuter, Stuttgart 103
 Postfach 870

Statt Iod-Tinktur

SEPSCO!

zur äußerlichen Desinfektion

Verletzungen im Haushalt, bei Garten-
 arbeit, im Beruf und beim Sport durch
 Schnitte, Stiche, Risse, Bisse u. dgl. soll
 man zur Vermeidung von Entzündungen
 und Eiterungen sofort mit der bewährten
 Sepso-Tinktur desinfizieren.

In Apotheken und Drogerien in Flaschen ab
 55 Pf. und Tupfzöhrchen zu 49 Pf. erhältlich

LINGNER-WERKE DRESDEN





HUGO PAUL UHLENBUSCH

Paris ist eine Messe wert

Roman. Geb. RM 12,—

Eine mitreißende historische Romandichtung um
Heinrich von Navarra.

MARIA STUART

Ich flehe, Ich fordere, Ich bekenne!

Der Königin Briefe

Aus dem Englischen, Französischen, Italienischen
erstmals übertragen von H. H. von Voigt-Alastair,
eingeleitet von Werner Picht.

Geb. RM 8.50

Ein menschlich und historisch bedeutsames, ein-
maliges Dokument.

HANS HENNING FREIHERR GROTE

Balladen und Lieder

Mit einem Nachwort von Ernst Adolf Dreyer.

Geb. RM 3.80

Die reiche lyrische Ernte des soldatischen Dichters.

CHRISTIAN JENSSEN

Laßt die Herzen höher schlagen!

Deutsche Worte vom Ewigen

Geb. RM 3.85

Eine erhebende, besinnliche Sammlung von Ge-
danken und Dichtungen unserer großen Meister.

HUGO PAUL UHLENBÜSCH

Der Mann im Mantel

Erzählungen. Geb. RM 2.85

Ein Buch von legendärer Kraft.

HANS FRENTZ

Der Adjutant

Erzählung. Geb. RM 3.80

Die Geschichte einer reinen Liebe von klassischer
Ausgewogenheit.

Bestellungen nur durch den Buchhandel!

Verlagsanstalt Huthig & Co.

Heidelberg · Berlin · Leipzig

ZWEI NEUERSCHEINUNGEN!

Die Kriegsmarine im Kampf um den Atlantik

Erlebniserichte von Mitkämpfern

Im Auftrage des Oberkommandos
der Kriegsmarine herausgegeben von
Fregattenkapitän G. v. Hase

In seinem Geleitwort schreibt Großadmiral
Dr. h. c. Raeder u. a.: „In diesem Buch
berichten Mitkämpfer, die in der Atlantik-
schlacht auf verantwortungsvollem Pos-
ten gestanden haben, von ihren Erlebnis-
sen und von ihren harten, aber erfolgreichen
Kämpfen. Es ist die Front zur See, die
hier zur deutschen Öffentlichkeit spricht.“

Mit 23 Abbild. 420 Seiten. Geb. RM 4.80

Kreuzerkrieg in zwei Ozeanen

Schwerer Kreuzer „Admiral Scheer“
verfenkt 152 000 Bruttoregistertonnen

Herausgegeben im Auftrage d. Kommandos
„Admiral Scheer“ von Jochen Brennecke

Über die erfolgreichen und kühnen Fahrten
des Schweren Kreuzers „Admiral Scheer“
schreibt Großadmiral Dr. h. c. Raeder u. a.:
„Die Darstellung vermittelt dem deutschen
Volke ein Bild von der Größe der Leistung,
die erreicht wurde durch die überragende
Führung des Kreuzers durch den Komman-
danten Kapitän z. S. Krancke und durch
die Tapferkeit der gesamten Besatzung.“

Mit 69 Abb., etwa 500 Seiten. Geb. RM 5.80



Nur durch den Buchhandel
zu beziehen.

v. Hase & Koehler
Leipzig



9. Deutsche Reichslotterie

480 000 Gewinne in fünf Klassen
Insgesamt über 100 Millionen RM
kommen zur Auslosung

Größte Gewinne im
günstigsten Falle (§ 2 III d. Pl.)
auf ein 3fach. Los **3 Millionen RM**
auf ein Doppelloos **2 Millionen RM**
o. ein ganzes Los **1 Million RM**

im einzelnen:

3 Prim. zu **500 000** **3** Gew. zu **500 000**
3 Gew. zu **300 000** **8** Gew. zu **200 000**
18 Gew. zu **100 000** **24** Gew. zu **50 000**

Außerdem weitere hohe Treffer zu
40 000, 30 000, 25 000,
20 000, 10 000 u. a. m.

Lospreis in jeder Klasse

Achtel	Viertel	Halbe	Ganze
3 RM	6 RM	12 RM	24 RM

Ziehung 1. Klasse: 16. u. 17. April

Staatliche Lotterie-Einnahme

Lippold

Leipzig 61, Brühl 4

Postcheckkonto: 507 26 Leipzig

MEDOPHARM

Arzneimittel

sind treue Helfer
Ihrer Gesundheit!

Medopharm-Arzneimittel
sind nur in Apotheken
erhältlich.

MEDOPHARM

Pharmazeutische Präparate
Gesellschaft m.b.H. München 8

Siedlungspolitik und Landgestaltung

Über die Wege zur Lösung der wichtigen agrar- und siedlungspolitischen Aufgaben, die zu einer gesunden Ostsiedlung und zur ländlichen Neuordnung im Altreich führen, unterrichtet die Monatszeitschrift

Neues Bauerntum

Herausgeber: Prof. Dr. Konrad Meyer, Hauptschriftleiter: Dr. Walter Gebert

In dem ständigen Sonderteil

Der Landbaumeister

dem einzigen Fachorgan für das gesamte ländliche Bauwesen, wird nicht nur das Bautechnische, sondern das ländliche Bauschaffen und Formen insgesamt behandelt.

BEZUGSPREIS:

„Neues Bauerntum“ mit „Der Landbaumeister“

im Dauerbezug jährlich RM 30.-, Einzelheft RM 2.50, zuzüglich Porto

Verlag Deutsche Landbuchhandlung, Berlin SW 11, Hafenplatz 6

Neuerscheinung!

DEUTSCHE AGRARPOLITIK

Herausgeber: Herbert Backe

Monatschrift im Dienste
der europäischen Nahrungsfreiheit

Ziele und Aufgaben der großdeutschen Agrarpolitik, an der schon heute der britisch-amerikanische Blockadeversuch zerschellt, werden in dieser neuen Monatsschrift von berufenen Sachkennern allgemeinverständlich dargestellt und im Hinblick auf die gesamtwirtschaftlichen Erfordernisse des großdeutschen und europäischen Raumes kommentiert.

Umfang 32 Seiten mit Bildseiten im Mehrfarbendruck
auf Kunstdruckpapier, Format 19,5 x 27,5 cm, Einzel-
heft RM. 1.20, Vierteljahresabonnement RM. 3,60

Zentralverlag der NSDAP. Franz Eher Nachf. GmbH.

Berlin SW 68

Nutzen Sie die Vorteile, die das

Postsparen

bietet. Überall in Großdeutschland können Sie sparen, bei jedem Postamt! Sparen ist kriegswichtig! Sparen hilft mit zum Sieg!



DEUTSCHE

REICHSPOST

die neue linie

bringt im Februarheft:

**DAS LANDSCHAFTLICHE GESICHT
DES GENERALGOUVERNEMENTS**

GÄSTE AUS GENIELAND
der Protestantische Friedhof in Rom

EIN BAUERNHAUS WIRD LANDHAUS
mit farbigen Architektenzeichnungen

PREIS RM 1.— • VERLAG OTTO BEYER • LEIPZIG — BERLIN